

Nr. XIX. GP.-NR
1819 /J
1995 -07- 14

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschober

Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend den Verdacht der unbefugten Weitergabe polizeilicher Akten.

Am 22. und am 23. April 1995 veröffentlichte die Tageszeitung KURIER Fotos einer Kundgebung aus dem Januar 1988 für den am 3. Mai 1995 von F-Abgeordneten Johann-Ewald Stadler der Beteiligung am Sprengstoffsanschlag von Ebergassing beschuldigten "dritten Mann".

Am 23. April erschien weiters im KURIER unter dem Titel "*Linke Extremisten ausgebildet wie Wehrsportgruppen*" ein Foto eines angeblichen "*Trainings mit Schlagstöcken*". Bei diesem Training handelte es sich in Wirklichkeit um ein vom 19. bis 21. April 1985 im Jugend- und Kulturclub "Taverne" in Michelstetten von einem damaligen Mitglied der "Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Gewaltfreiheit und Soziale Verteidigung" (heute "ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit") durchgeführten "Training für gewaltfreie Aktionen und Zivilen Ungehorsam" in der Tradition von Gandhi und Martin Luther King. Es ist bekannt, daß die Anwesenheit zumindest eines Teilnehmers dieses Trainings in dessen Stapo-Akt festgehalten wurde.

Am 10. Mai (Presseausendung OTS087) bzw. am 12. Mai 1995 (Ausendung OTS212) gaben die ÖVP-Abgeordneten Paul Kiss bzw. Mag. Helmut Kukacka bekannt, daß Abgeordnete der Grünen bei einem Prozeß gegen Gregor Thaler in der ersten Reihe gesessen seien, um sich mit diesem zu solidarisieren.

Am 13. Mai 1995 berichtete der KURIER: "*Der von VP-Klubchef Kohl zitierte Satz 'Feuer und Flamme für den Staat' stammt nicht von Pilz, sondern von Jan Wilhelm D., dem Mitbegründer des 'Revolutionsbräuhoofs'.*"

Einer parlamentarischen Anfrage des Abgeordneten Paul Kiss vom 22. Juni dieses Jahres (XIX.GP.-NR, Nr. 1373/J) waren bis zu zehn Jahre alte und zum Großteil bereits vergriffene Artikel der Zeitschriften "Gewaltfreier Widerstand" und "Zeitschrift für Antimilitarismus" sowie ein Werbefolder für letztere beigelegt.

Am 23. Juni gegen 16 Uhr zitiert der F-Abgeordnete Johann-Ewald Stadler im Plenum des Nationalrates aus einem Protokoll der Behördenleiterkonferenz vom 15./16. März 1995, um den ehemaligen Leiter der Staatspolizie Dr. Kessler zu verteidigen. (Parlamentsprotokoll, 23. 6. 1995, 42.NR/Fri/Si, Stadler, 1603 &1604)

Es besteht der Verdacht der unbefugten Datenweitergabe polizeilicher Akten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wurden die genannten Informationen oder Teile derselben von Beamten einer Ihnen unterstehenden Behörde – insbesondere der Staatspolizei – an die ÖVP, Journalisten – insbesondere des KURIERS – oder andere weitergegeben? Wenn ja, von wem und an wen?
2. Existieren staatspolizeiliche Akten über
 - a. Kundgebungen aus dem Jahre 1988 für den vom Abgeordneten Stadler der Beteiligung am versuchten Sprengstoffanschlag in Ebergassing verdächtigten “dritten Mann”;
 - b. das von 19. bis 21. 4. 1985 im Jugend- und Kulturclub “Taverne” in Michelstetten oder andere von der ARGE Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit abgehaltene gewaltfreie Trainings;
 - c. einen Prozeß gegen Gregor Thaler, bei welchem Abgeordnete der Grünen in der ersten Reihe gesessen seien;
 - d. die vom Abgeordneten Kiss vorgelegten Unterlagen aus den Zeitschriften “Gewaltfreier Widerstand” und “Zeitschrift für Antimilitarismus”?

Wenn ja:

- 2.1. Was ist der Inhalt dieser Akten?
- 2.2. Welches sind die Quellen dieser Akten?
- 2.3. Wurden diese Informationen oder Teile derselben vom Heeresnachrichtenamt (HNA) oder Heeresabwehramt (HAA) an die Staatspolizei weitergegeben? Wenn ja, welche und von welchem der beiden Dienste?
- 2.4. Haben dem Innenministerium unterstehende Beamte, insbesondere Staatspolizisten, an den unter 2.a. und b. genannten Kundgebungen bzw. Trainings teilgenommen?
- 2.5. Aus welchem Grund wurden diese Akten angelegt? Welche Gefahr ging bzw. geht von
 - Wehrdienstverweigerern, Kundgebungen für und Prozessen gegen diese
 - gewaltfreien Trainings und
 - Artikeln der Zeitschriften “Gewaltfreier Widerstand” und “Zeitschrift für Antimilitarismus” aus?

- 2.6. Halten Sie Wehrdienstverweigerung und Berichterstattung über diese für eine Gefahr für die Sicherheit dieses Landes, die eine staatspolizeiliche Überwachung rechtfertigt?
 - 2.7. Die unter 2.a und b genannten Kundgebungen und Treffen und mutmaßlich auch der unter Punkt 2.c. genannte Vorfall sowie ein Großteil der in Punkt 2.d genannten Unterlagen datieren von vor 1990. Wurden diese Akten im Zuge der Vernichtung von staatspolizeilichen Akten in den Jahren 1990 und 91 vernichtet? Wenn nein, warum nicht?
3. Existieren bei der Staatspolizei Fotos über die unter 2.a. und b. genannten Kundgebungen bzw. Treffen?

Wenn ja:

- 3.1. Wurden diese Fotos von Beamten der Staatspolizei aufgenommen? Wenn nicht, wie gelangten diese in den Besitz der Fotos?
4. Wurden staatspolizeiliche Akten, die in den Jahren 1990 und 91 vernichtet wurden, vor Vernichtung an Dritte, insbesondere HNA oder HAA weitergegeben? Wenn ja, in welchem Umfang?
5. Wieviele staatspolizeiliche Akten wurden in den Jahren 1990 und 91 vernichtet?
6. Gab es Fälle, in denen nicht die Akten, sondern lediglich die Verweise auf diese in den Karteimitteln bestimmter Personen vernichtet wurden?
7. Ist das von F-Abg. Stadler zitierte Behördenleiterkonferenz-Protokoll vom 15./16. März 1995 der Öffentlichkeit zugänglich?

Wenn ja:

- 7.1. Auf welchem Weg wurde dieses Protokoll der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht?

Wenn nein:

- 7.2. Haben Sie Hinweise auf die Quelle der sich der Abg. Stadler bediente?
- 7.3. Können Sie ausschließen, daß das Protokoll von Dr. Kessler an Abg. Stadler weitergegeben wurde? Wenn nein:
- 7.4. Haben Sie entsprechende Untersuchungen eingeleitet?

Beilagen

Auschnitte aus KURIER vom 22. 4., 23. 4. und 13. 5.

Beilagen des Abgeordneten Paul Kiss zu seiner Anfrage vom 22. Juni dieses Jahres (XIX.GP.-NR, Nr. 1373/J) betreffend die Zeitschriften "Gewaltfreier Widerstand" und "Zeitschrift für Antimilitarismus"

Attentäter hatten zwei Komplizen

Zeugin sah Fluchtwagen / Bombenspuren im Kofferraum / Es war eine brisante Unkrautsalz-Zucker-Mischung / Wovon die linken Terroristen lebten

Die Terrorbande von Ebergassing bestand aus vier Personen. Zwei sind bei der Vorbereitung des Bombenanschlags auf die Hochspannungsleitung in die Luft geflogen - Peter Konicek, 33, und Gregor Thaler, 30. Zwei sind im schwarzen Citroën des getöteten Konicek (alias Alexander Hippin) geflüchtet. Eine Frau aus Ebergassing beobachtete kurz nach der Detonation am Dienstag, dem 11. April, gegen 21.35 Uhr, wie ein Pkw mit zwei Insassen über einen Feldweg vom Tatort davonfuhr.

Die beiden Komplizen (oder Komplizinnen) flüchteten, nachdem ihre Mitattäter umgekommen waren.

Die Obduktion ergab übrigens, daß beide Attentäter an einer Schädelzertrümmerung gestorben sind. Außerdem waren 40 Prozent ihrer Haut verbrannt. Einem Opfer, Konicek, war ein riesiger Metallsplitter in ein Auge gedrungen.

Der Bombenbauer

Der Fluchtwagen der Komplizen wurde, wie berichtet, Donnerstag abend vor dem Haus Theodor-Sickel-Gasse 12 in Wien-Oberlaa gefunden. Spurexperten der Gendarmerie-Tatortgruppe untersuchten jeden Zentimeter des Autos. Zum Vorschein kamen Koniceks Paß, Autopapiere und eine Sonnenbrille. Im Kofferraum Kartons mit Teppichresten und Schweißperlen. Diese deuteten darauf hin, daß im Gepäckraum die frischverschweißten Bombenbehälter transportiert wurden. Ein Paket wog immerhin rund 18 Kilo.

Die Auswertung der anderen Spuren (z. B. Fingerabdrücke) ist noch nicht abgeschlossen.



Gregor Thaler (oben) war auch in der „Arena“ aktiv, Konicek (rechts) hatte einen Schweißkurs absolviert und reiste auch oft ins Ausland. Links: eine Demo vorm Kreisgericht Korneuburg (ein Transparent-Träger ist einer der Bombenleger)



Abgeschlossen ist hingegen eine erste Analyse des verwendeten Sprengstoffs. Es handelt sich, wie Experten von Anfang an vermutet hatten, um ein Selbstlaborat aus Unkrautsalz (handelsübliches Natriumchlorat) und Staubzucker (Saccharose). Allerdings in so einer brisanten Mixtur, daß schon allein der Transport im Kofferraum lebensgefährlich war. Die Bombenfachleute des Innenministeriums errechneten eine Detonationsgeschwindigkeit von 2000 Meter pro Sekunde.

Der verwendete Sprengsatz weist verblüffende Ähnlichkeit mit jenem auf, der z. B. vor Jahren beim Attentat auf die Flughafenautobahn verwendet wurde. Ein Zusammenhang mit den ungeklärten Bombenanschlägen der linken Anarcho-Szene seit 1988 wird immer deutlicher. Konicek war, wie be-

richtet, deswegen sogar kurz in U-Haft.

Er scheint auch für den Bau der Bombenbehälter zuständig gewesen zu sein. Vor einiger Zeit hatte er einen Schweißkurs im Wifibesuch. Bis Dezember 1994 war er als Schlosser

Von Ernst Bieber, Wilhelm Theuretsbacher, Martina Prewein, und Michael La Garde (Text und Bild)

bei einer Industrieanlagenfirma beschäftigt. Anschließend war er in einem Unternehmen für Personalvermittlung tätig. Dort hat er am 10. April gekündigt, also einen Tag vor dem geplanten Anschlag auf den Strommast.

Auch den schwarzen Citroën, Baujahr 1989, Kennzeichen W-1080 AF, hat er erst kurz vor dem Anschlag gekauft.

Bei ihm scheint sein Einkommen, zumindest in letzter Zeit, einigermaßen erklärbar. Den alten Bauernhof bei Güssing hat seine Lebensgefährtin (er ist geschieden) auf Schulden gekauft.

Rätselhaft scheint hingegen, wovon Gregor Thaler gelebt hat. Er dürfte in Wien - außer dem Wohnsitz im „Kirchweg-Heim“ - noch einen anderen Unterschlupf in der Szene gehabt haben. Angeblich bestritt er seinen Lebensunterhalt durch Vermittlung von Konzerten und anderen Aktivitäten in der Wiener „Arena“.

Der gebürtige Innsbrucker ist der Sohn eines früheren Tiroler KP-Aktivisten. Sein Bruder trat seit 1983 in der Tiroler Punkerszene in Erscheinung. Gregor war auch Kassier in der Innsbrucker „Arbeitsgemeinschaft für kreative Tätigkeit“.

Thaler wurde übrigens auch anhand seiner Fingerabdrücke agnosziert. Die Wiener Stapo hatte ihn nach einem Anschlag auf das Büro der „Turkish Airlines“ erkennungsdienstlich behandelt.

Auf der Suche nach den Komplizen von Thaler und Konicek ist die Gendarmerie (0 22 2/713 35 81-500 Dw.) auf die Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen:

Fragen an Bevölkerung

- Wer kennt Personen aus dem Umfeld der beiden?
- Wer hat am 11. April in der Nähe von Ebergassing den schwarzen Citroën, W-1080 AF, beobachtet?
- Wer kennt jemanden, der nach dem 11. April Splitterwunden, Verbrennungen, Gehörschäden aufwies?

Man nimmt an, daß auch die Komplizen bei der Explosion verletzt wurden.

Haider über Einem, Cap über Haider

Die Bombenleger von Ebergassing motivierten F-Chef Haider am Freitag zu Attacken gegen Innenminister Einem und die Grünen. Der Innenminister stelle sich „blind und taub“, wenn er behaupte, die Täter aus der Anarcho-Szene hätten keine politischen Motive gehabt. Einem sei „entweder falsch informiert oder will bewusst jemanden schützen“, vermutet Haider. „Völlig unbehelligt“ von der Polizei habe sich eine linksextreme Gewaltszene gebildet. Offenbar sei der Ressortchef „enttäuscht“, weil die Täter nicht aus dem rechten Lager kommen.

Den Grünen warf Haider vor, linksradikale Gesinnung zu fördern. Peter Pilz habe Kontakte zur Szene.

Für SP-Geschäftsführ-



Gleichzeitig fahnden die Kriminalisten nach Gregor Thalers Freundin, Beate

einen „geheimen Akt“ einer Randgruppe. Die Fahnder haben je-

in der Stadtpolitik für die KP tätig. Eder, La Garde, Linde

Fahnder suchen Freundin von Gregor Thaler

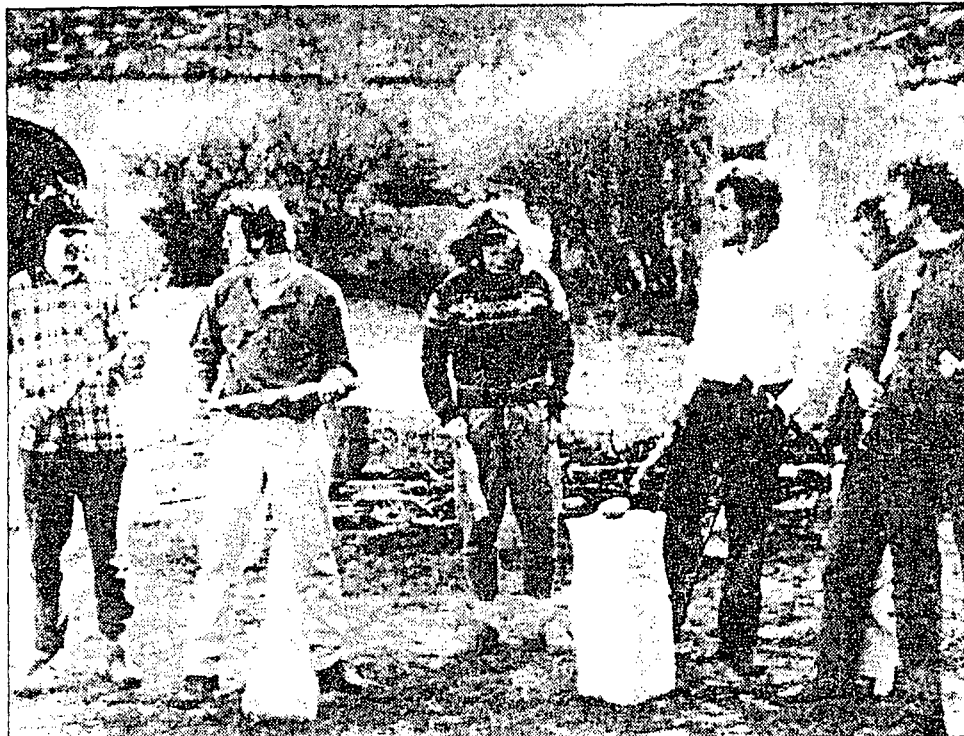
Linke Extremisten ausgebildet wie Wehrsportgruppen

Egal, ob bei einer Aktion des „Revolutionsbräu-hofes“, einer Operation der „Schwarzen Distel“ oder nur bei einer Demonstration der „Antimilitaristi-schen Gruppe Wien“ für jendenein Wehrdienst-Totalverweigerer: Die mut-maßlichen Terroristen von Ebergassing, Gregor Tha-ler und Peter Konicek, wa-ren immer dabei. Es waren ausschließlich „linke“ Akti-vitäten. Eine Szene, die von manchen als dezidiert harmlos bezeichnet wurde.

Harmlos war es sicher nicht, als die Anarchisten zugunsten eines wehrun-willigen Ex-Libanesen im Jänner 1988 vor dem Kreis-gericht Korneuburg skan-dierten: „Richtet die Rich-ter - von selbst krepier'n sie nicht!“ Konicek schwang dazu die schwarze Anarchisten-Fahne.

Ab Hainburg zeichnete sich die Gewalt bereits ab

An die angebliche Ge-waltlosigkeit von „Spontis“ und „Fundis“ aus der Anar-choszene wollten Staats-schützer schon nach den Geschehnissen um das ver-hinderte Kraftwerk Hain-burg nicht so recht glau-ben. Mitte der 80er Jahre organisierten nämlich Links-Extremisten in einem Bauernhof in Mi-chelstetten, NÖ, das, was bei den Rechten als „Wehr-sportgruppe“ traurige Be-rühmtheit erlangte.



Training mit Schlagstöcken war ein Teil des Ausbildungsprogrammes für linke Aktivisten

Die „Kämpfer“-Gruppen trugen offen ihre Namen

Trainiert wurde mit Schlagstöcken, wie man die Polizei bei gewaltsa-men Besetzungen ab-wehrt, wie man Menschen-kugeln bildet und ähnli-ches.

Die Zentren potentieller Links-Terroristen waren leicht zu orten, denn sie tragen und trugen offen Namen wie „Rotstilzchen“

oder „Arge für Wehrdienst-verweigerung und Gewalt-freiheit“. Dazu gehört die öffentlich subventionierte Anarchistenpostille „TaT-blatt“:

In dieser beklagte ein-mal der offensichtliche Ur-heber eines mißglückten Bombenanschlages gegen die Baufirma Hazet (sie war am Aegidigassen-Haus-Abbruch beteiligt) anonym die Unzuverläs-sigkeit der handelsübli-

chen Wecker. Außerdem, so wurde dort geraten, sollte nächstens das Schloß Belvedere bren-nen...

Die Profilierungsversu-che der Autonomen sind zahlreich, wurden aber wegen besonderer Erfol-glosigkeit von der Exeku-tive meist nur als „Vandalenakte“ registriert. So nannten sich unbekannte Kraftwerksgegner im Ok-tober 1986 „Sägefische“ und sägten in der Nähe des Reaktorzentrums Seibers-dorf bei Wasenbruck alle vier stählernen Füße eines ÖBB-Strommastes durch.

ÖBB-Mast blieb trotz der angesägten Beine stehen

Der blieb aber trotzdem stehen. Und konnte nicht - wie offensichtlich geplant - eine EVN-Leitung mitrei-ßen. In einem hinterlassen-en Flugblatt mokierten sich die Strom-Terroristen über „diverse Sauereien der E-Wirtschaft“, Nagy-maros zum Beispiel.

Kleinere, aber ebenfalls unbeachtete Sabotageakte wurden bis zum Oktober 1994 registriert.

Zuletzt bohrten mut-maßliche Anarchisten auf einer Baustelle beim Gas-kraftwerk Korneuburg Hunderte kleine Löcher in Gasrohre.



Bei Demonstrationen wurde Gewalttätigkeit offen auf Transparenten kundgetan

SP-Kri

Nebenp
Wiener
teitages,
mann M
die Wien
Kampf ge
der aufrie
Mikrofon
Kritik an
kenen
ster Casp
Grund: Ei
nen Zu
zwischen
attentat a
autobahn'
der lin
mistenzse

1995, 23. 4. 1995

KURIER, 13. 5. 1995



„TATblatt-Demonstranten“ und Polizeiaufgebot bei der Opernball-Demonstration 1990: Die Autonomen suchten den Konflikt mit der Exekutive

Wer fürchtet sich vorm grünen Mann?

Die Volkspartei forscht nach „Grün-Anarchisten“ – diese haben sich bereits 1986 von der Öko-Partei verabschiedet

Andreas Anzenberger,
Ulla Schmid

Die Polizei trägt grün. Kein Wunder, daß ein Gründungsvater der Grünen Exekutivbeamter war: Pius Strobl, damals karenzierter Gendarm, hinterlegte im September 1986 beim Innenministerium das Statut für die grüne Partei. „Einer der Grundpfeiler war die klare Ablehnung von Gewalt“, erinnert sich Strobl, der in den Attacken der VP den Versuch sieht, eine Ampelkoalition zu sabotieren.

Die politische Mutter der Bewegung, Freda Meissner-Blau, ist über die Vorwürfe, es bestehe eine enge Verbindung mit der Anarcho-Szene und linken Terroristen, „verärgert und schockiert“. Man habe sich

„Pilz soll sich seinen Wegedang ansehen. War er immer der oberste Gewaltfreie, als der er sich gibt?“
Erklärung im „TATblatt“

1986 im Zuge der Streitereien mit der Alternativen Liste „klar von den linken Ausfransungen distanziert“. Tatsächlich haben sich die „grünen Marxisten“ 1986 von der Partei verabschiedet und als eigene Gruppierung bei den Wahlen kandidiert.

Bundessprecherin Madeleine Petrovic ein Naheverhältnis zu Gewalt zu unterstellen, wäre unglaublich. Die Kritik konzentriert sich auf Peter Pilz, dessen Vergangenheit bei der Gruppe Revolutionärer Marxisten (eine trotzkistische Gruppe an der Uni Wien) und die Teilnahme an den Opernball-Demos.

Eine ähnlich politische „Laufbahn“ wie Pilz hat auch Ex-Bundesgeschäftsführer Franz Floss hinter sich gebracht. Wohl wegen dieser Vergangenheit beurteilen die Grünen – trotz ihres Neins zu jeder Art von politischer Gewalt – das linke politische Spektrum wohlwollender als

das rechte. Als die VP im Vorjahr die Förderungen für das „TATblatt“ abstellen wollte, verteidigte Floss die Subvention: „Unsere Autonomen sind doch eh harmlos.“ Eine Meinung, die auch heute noch von Grün-Abgeordneten vertreten wird. Bis vor kurzem durfte das TATblatt das Büro der Grünalternativen Jugend mitbenutzen.

Die gesamte Grün-Bewegung ist in den vergangenen Jahren deutlich „bürgerlicher“ geworden; Angriffspunkte wie grüner Aktionismus und Teilnahme an Opernballdemonstrationen wurden weitgehend vermieden: Bei



Pilz als Demonstrant: „Keine Gewalt“

Sitzung der Sicherheitswache: Die Mehrheit mißtraut Einem

Hat Innenminister Caspar Einem noch das Vertrauen seiner Polizeibeamten oder nicht? – Mit dieser Frage beschäftigte sich am Freitag nachmittag der Zentralschuß der Sicherheitswache, der bundesweiten Personalvertretung für 11.000 Polizeibeamte. Kurz vor der Sitzung zeichnete sich ab, daß im zehnköpfigen Zentralschuß eine Mehrheit aus Christlichen Gewerkschafter (FCG) und den Freiheitlichen Personalvertretern (AUF) den Minister zum Rücktritt auffordern wird.

Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralschusses, FCG-Mann Adolf Vogt, meinte zum KURIER: „Ich lasse mich nicht unter Druck setzen. Ich lasse mich auch nicht in das Lager der AUF und der Nazi-Buben rücken.“ Schon zuvor hatte VP-Generalsekretär Karas Richtlinien ausgegeben, die auf Schonung Einems hinausliefen. Er hoffe, daß die FCG im Ausschuß ein „eigenständiges Profil“ entwickle. Der FCG sollte

sich auf dem Boden des Personalvertretungsgesetzes bewegen. Karas: „Rücktrittsaufforderungen gehören nicht zu den Aufgaben der Personalvertretung.“

Der Vizechef der Bundessektion Sicherheitswache und Christgewerkschafter Josef Hradecky stellte gegenüber dem KURIER klar: „Wir wissen genau, daß ein Gewerkschafter oder ein Personalvertretungsorgan den Minister nicht absetzen kann. Wir tun nur kund, was die Kollegen an der Basis wollen.“ Im übrigen sei die politische Entscheidung im Parlament (Ablehnung des F-Mißtrauensantrages gegen Einem) ohnehin schon gefallen, sagte Hradecky.

Der Vorsitzende des Zentralschusses, der sozialistische Gewerkschafter Franz Pail, meinte vor Sitzungsbeginn: „Wir stehen zu Minister Einem. Wir sind bestätigt worden, daß es der Personalvertretung nicht zusteht, die Absetzung des Ministers zu fordern.“

Manfred Kadi

der ersten Opernball-Demo 1987 ging es vor allem um den Protest gegen den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß und dessen Atom-Politik. Es kam zu Straßenschlachten zwischen Polizei und Demonstranten, wofür die Grünen

mitverantwortlich gemacht wurden. Diese hatten sich auch danach vor die Demonstranten gestellt und die Polizei für die Gewalt verantwortlich gemacht.

Erst als klar wurde, daß es den Autonomen nur um die Randalie geht, haben sich die Grünen von der Demonstration verabschiedet. 1992 warnte Pilz im KURIER vor der Teilnahme „an diesem sinnlo-

sen und bis zu einem gewissen Grad gemeingefährlichen Ritual“.

Scharfe Kritik erntete Pilz auch 1987, als er via Fernschreiben dazu aufrief, den Tagesbefehl des Bundespräsidenten nicht zu befolgen. Als „Verstoß gegen die Verfassung“ wurde dies von politischen Gegnern disqualifiziert.

Verstoß gegen die Verfassung warfen die Grünen ihrerseits der Polizei vor, als Pilz und zwei weitere Grün-Abgeordnete 1988 bei einer Demo vor der chilenischen Botschaft (gegen drei Todesurteile in Chile, Anm.) verhaftet worden waren. Nicht zum ersten Mal: Schon im Jahr zuvor hatten ungarische Behörden Pilz und seine Kollegen Wabl und Geyer (Staatsanwalt) in Ungarn bei einer Demo gegen den Bau des Donaukraftwerkes Nagymaros inhaftiert.

Übrigens: Der von VP-Klubchef Kohl zitierte Satz: „Feuer und Flamme für den Staat“ stammt nicht von Pilz, sondern von Jan Wilhelm D., dem Mitbegründer des „Revolutionärsbräuhaus“ (Autonomen-gruppe, Anm.)

ZEITSCHRIFT FÜR ANTIMILITARISMUS

Das Militär betreibt Imagepflege, denn die "Verteidigungsbereitschaft" sinkt. Der Begriff "Pazifismus" gerät ins Zweifelhafte, wenn sich sogar das Heer als Friedensbewegung deklariert. Etikettenschwindel: Die Welt entspannt sich. In Abtötungsverhandlungen, die Waffen aber werden nur ins Meer geworfen. Seegestützt Ost und West knellen (laender Neujahrsgrüße auf die Bildschirme; Die österreichische Bundesheer marschiert in Armenien ein. Die Heeresführer klagen: Die Österreicher bereiten ihr Heer nur mehr als Katastrophenschutzfeuerwehr. Wo bleibt denn da der Wehrwille? feute sollen wir Österreich verteidigen, morgen schon in NATO. Zivile, schützt euch, dann können wir mehr kaputtmachen! Zivildienst im Dienste des Heeres, Totalverweigerer gehen ins Gefängnis. Wiederholung ist gesegnet. Amnesty International stellt fest: politische Häftlinge in Österreich

Schlechte Zeiten für AntimilitaristInnen. Doch wir müssen die antimilitaristische Arbeit fortführen, bevor auch uns die neokonservative Welle weghewirmt. Das Militär als Schule der Nation zu hängen zieht keine Bildungslücken nach sich, wohl aber, wenn seine Rolle als Quelle struktureller Gewalt im zivilen Bereich verkannt wird. Friede ist mehr als Waffenstillstand, heißt es, aber stehen die Waffen still? anöver und Draken steigen. Die Demokratie steht id vor militärischem Sperrgebiet. Der Militarismus hat tiefe Wurzeln in der Gesellschaft, der Antimilitarismus braucht sie, sonst haben wir bald keine Gesell-

schaft mehr, sondern nur mehr Militär. Die alten Ideologien pflegen als ihre Zielsetzung zum Heer, vom Militärpfarrer bis zum Soldatenrat. Aber bei denen, die als Maßstab, ist es bei weitem nicht mehr so beliebt. Generationenakten III. Die Pläne für Zivildienst werden weniger, fehlt noch. Zivildienst beim Heer absolviert zu müssen. Das schreit nach Antimilitarismus.

Also gibt es jetzt eine Zeitschrift für Antimilitarismus, kurz ZAM. Der Antimilitarismus in Österreich hat zwar eine breite Basis, die aber weder organisiert ist noch ihren Ausdruck findet; zu groß ist die Propaganda der sogenannten unabhängigen Medienmacht. "Gegen das Militär zu sein" ist allein kein wirksames Programm. Antimilitarismus ist mehr als nur "gegen das Militär". Antimilitarismus heißt, neue Formen der Gesellschaft zu suchen, gewaltarme Formen, ohne Untordrücken und Menschenverachtung. Antimilitarismus ist eine Utopie. Antimilitarismus ist keine Ideologie, denn Ideologie ist nur eine Antwort dafür, sich an der Wirklichkeit vorzubemühen. Daher steht kein heroischer Leitbegriff an der Spitze der Bewegung, kein Schlagwort, das mithilfe, Tatsachen, zu unterlegen. Das Militär abzuschaffen ist aber ein Sprengsatz für die Gewaltlogik der Macht, denn die Logikgebäude der Herrschenden hält nur durch den Zement Militär. Wer das Militär anerkennt, anerkennt auch seine Struktur, seine Autorität über und seine Forderungen an den Rest der Gesellschaft. Er/Sie muß sich zehner Logik anpassen und sich auf seine Normen reduzieren. Denn es gibt keine anderen zu, sonst würde es aufhören zu existieren. Das wollen wir ja. Militär und Gedankfreiheit sind Gegensätze. Also erkennen wir das Militär nicht an, und mit jeder Aberkennung bröckelt das Fundament der herrschenden Klasse, bis es bricht.

Wir als Redaktion der ZAM wollen keinen Antimilitarismus produzieren, wir wollen den vorhandenen unterdrückten Strömungen Stimme verleihen, also propagieren. Daher gibt es auch keine definitive Blattlinie, sondern kritische Analyse legt den Widersinn militärischer Logik dar. Pazifismus ist ein heißes Thema, denn der Begriff ist schwammig. Vielleicht gelingt es, ihm eine klare Position zu vermitteln, wenn ideologische Wortspiele damit enttarnt werden. Militär

und Industrie, Militär und Politik. Dieser Filt erlaubt es nicht, Scheuklappen aufzubehalten, wenn Themen etwas abseits der reinen Heereskritik liegen. Was sich durch die Militärgewalt in der Psyche eingräbt, läßt anderswo Mythen blühen - die Arbeit ist wirklich breit gestreut. Keine Zeit für Ruhepausen und Lorbeeren...

Das Militär zu entblenden, bedarf es nur wenig, wir brauchen es nur zu zitieren; die Aussagen sprechen für sich selbst, wenn die der mythologischen Glorie beraubt werden. So wichtig es ist, gegen das Militär

nusschneiden



AN

ARGE ZIVILDIENT
Schottengasse 3a/1/59
1010 Wien

Anmerkungen:

Was ist

Die Zeitschrift "MEINE ANSICHTEN" ist Österreichs einzige nationale Zeitschrift für die Arbeiterbewegung. Wir berichten regelmäßig über die wichtigsten Geschehnisse in der österreichischen Politik und im internationalen sowie über die österreichische Wirtschaft und die österreichische Arbeiterbewegung.

Herausgegeben wird "MEINE ANSICHTEN" von der Arbeiterbewegung für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit, die bisher, sowohl in Wien (Gewaltfrei Widerstand) wie auch in Graz (Utopia) eine eigene Zeitschrift produziert. Beide Zeitschriften sind auf eine breite zentralistische Gesellschaftsarbeit durch die Zusammenarbeit dieser beiden Publikationen können wir nicht nur ein größeres Publikum erreichen, sondern auch besser sprachlich, d.h. aktuellere Informationen bieten. Ab Anfang Februar 89 werden wir in einem sechsmonatigen Rhythmus, mit einer kleinen Pause in den Sommermonaten, erscheinen. Das bedeutet acht statt bisher zehnmal im Jahr. Abwechselnd wird die "föderierende Redaktion" in Wien und in Graz die Hauptarbeit übernehmen und Euch hoffentlich viel Lesenswertes bieten. Viel Vergnügen beim Lesen von Z.A.M.!

Folgende Materiealien könnt ihr bei uns bestellen

- Weisbuch Landesverfildigung-Kritik 130,-
- Sozialer Verteidigung zur baselademo- 25,-
- Kretschmer Konzeption
- Zivildienst von der Anfragstellung, or- 25,-
- dentlich und außerordentlich ZD
- TV-News: Materiealien zur Totalverw- 20,-
- gerung in Österreich
- Raketenaufrüstung in Österreich 20,-
- Vom staatsvertraglichen Verbot bis zur
- Nato Angliederung
- Abfanzügert Das 21. Milliardensplan 15,-
- Schalten über Österreich 5,-
- Stoppt die Atomkraft 10,-

zieren, Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der bisherigen Alltagsgewalt tut not. Also werden auch reagieren und darüber berichten, uns aber nicht von seinem Still lassen. Mitglieder und Leser sind untrennbar miteinander verknüpft. Also stellen wir den Staat in Frage; internationale Zusammenarbeiten notwendig. Weltweit verweigern Menschen Arbeit. Kriegerdienst: Eine klare Zielvorstellung gibt es nicht und soll es nicht geben. Gesellschaft entwickelt sich und Militärisiert sie ein. Bisbrecher. Nicht nur Kronland wie tollens befreit werden.

- Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift für Antimilitarismus. Diese erscheint seit dem 1. Jahr. Das Abonnement kostet 130,- ÖS/Jahr. Auslandabonnemnt: 250,- ÖS / 36,- DM / 32,- SFR
- Ich möchte Mitglied bei der Arbeitergemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit werden (links einem Abo Z.A.M.). Mitgliedsbeitrag 250,- ÖS/Jahr für Werkbüro / 200,- ÖS für Nichtwerkbüro.
- Ich bestelle die Zeitschrift Nummer von Z.A.M. zum Preis von 25,- ÖS.

Die Bestellung ist innerhalb von 14 Tagen schriftlich kündbar. Ich zahle den Abonnement/Mitgliedsbeitrag auf das BAWAG-Konto Nr. 1010-670-573 Dankleitzahl 14000 ein. Das Abonnement/die Mitgliedschaft läuft ab Eintreffen der Einzahle.

Meine Ansichten



Stempel

Stempel

Datum: _____

Nachname: _____

DAS IST
WIRTSCHAFT
VERSETZUNG



ZIVILDienst und
TOTALVERWEIGERUNG
in ÖSTERREICH
WAFFENMARKT und
ÖSTERREICH
FRIEDENSGEFANGENE
MATERIELLE und
GEISTIGE
AUFRÜSTUNG
SPRACHGEWALT
WEHRFLICHT-
BEFREJUNGEN und
MILITARSTRAFEN
etc.

11111111
89

INHALT

Grundlagen

Soziale Verteidigung - Zugänge zum Thema.....3
Warum und wie begann man - von verschiedenen Seiten her - sich mit SV zu beschäftigen?

Vier Säulen des Widerstandes.....5
Vier tragende Grundprinzipien der SV

Drei - Phasen - Modell.....7
Protest - Nichtzusammenarbeit - öffentliche Konfrontation

Historische Beispiele

CSSR 68: Worte gegen Gewehre.....10
Über den Widerstand der Tschechen und Slowaken gegen den Eimarsch der Warschauer Pakt Truppen am 21. August 1968

Nichtzusammenarbeit - Schwejk Methode.....15
Aus der Serie "Soziale Verteidigung - Spezialprobleme" eine Auseinandersetzung mit der literarischen Figur des "braven Soldaten Schwejk"

Die Gewaltfreie Aktion.....16
Eine Buchbesprechung

Gewaltfreie Befreiung in Lateinamerika ?.....
Ist ein gewaltfreier Weg zur Befreiung Lateinamerikas möglich? Zwei Beispiele gewaltfreier Aktion: El Salvador 1944 und Chile

Diskussion

SV mit/neben/gegen das Militär.....
Darstellung der Diskussion um verschiedene Einschätzungen und Strategien der SV

Soziale Verteidigung - Flucht ins Modell.....
SV als Ordnungskonzept für den Staat - ein gefährlicher Weg

verteidigungswert... ?.....
Was wollen wir überhaupt verteidigen?

Soziale Verteidigung - Verteidigung der Gesellschaft gegen den Staat (Ein Rückblick).....
Pierre Rarus und der Bund herrschaftloser Sozialisten - österr. Anarchisten als Vordenker für Soziale Verteidigung

Als Mittelblatt:

Soziale Verteidigung in Österreich (Poster) Termin/Anzeigen/Materialliste

EDITORIAL

Soziale Verteidigung ist ein Dauerbrenner für die Friedensbewegung. Doch hinter diesem Begriff stehen sehr verschiedene Konzepte und Strategien.

Manche basteln an möglichst realistischen Konzepten, um diese ihren Regierungen anzubieten. Diese sollen - per Dekret - von militärischer auf soziale Verteidigung umrüsten. Als gälte es nichts weiter zu verändern als das Verteidigungskonzept. Soziale Verteidigung degeneriert so zu einer "quasi-militärischen Verteidigung - ohne Waffen".

Wir meinen, daß soziale Verteidigung nur in einer entmilitarisierten Gesellschaft möglich wird. Diese aufzubauen, also der "Soziale Angriff" auf das Militär und den Militarismus, ist unser Ziel. Dies mit Methoden des gewaltfreien Aufstandes. Am Weg zu dieser entmilitarisierten Gesellschaft

über die Basisgruppen automatisch jene Methoden, die als "Soziale Verteidigung" dann beitragen sollen, diese neue Gesellschaft gegen bewaffnete Interventionen von innen und von aussen zu verteidigen.

Für alle, die mehr über SV wissen wollen, folgende Literaturtips:

- *) Sondernummer der Zeitschrift "graswurzelrevolution" zum Thema soziale Verteidigung, (2000 Hamburg 50, Nernstweg 32)
- *) Wolfgang Koch: Soziale Verteidigung - zur basisdemokratischen Konzeption
- *) Theodor Ebert: Soziale Verteidigung I; Soziale Verteidigung II; Gewaltfreier Aufstand - Alternative zum Bürgerkrieg; Ziviler Ungehorsam - von der APO zur Friedensbewegung; alle: Waldkircher Verlags GmbH.
- *) Boserup/Mack: Krieg ohne Waffen (rororo 1710)

- *) M.A.N. Gewaltfreier Kampf Selbstverwaltung (Zündholz)
- *) Günther Gugel/Horst Furtner: Gewaltfreie Aktion (Mat.7. f. Friedenspädagogik Tübingen)
- *) Günther Gugel: Gewaltfreie ein Lebensprinzip (Mat.6. f. Friedenspädagogik Tübingen)

Noch ein Wort zur Herbstarbeit der Redaktion. Wir sind mit wenigen Mitarbeiter/innen. Um Leute in die Redaktion zu führen, planen wir für das Wochenende Sa., den 5.10. u. So., den 6.10. 1985 ein Wochenendseminar zum Thema "Redaktionsarbeit".
GEWALTFREIEN WIDERSTAND
(Anmeldungen bitte sobald möglich, aber bis spätestens 1.9.1985 an die Redaktion)

Zum Schluß noch einige Redaktionstermine:
Nachbesprechung der Nr. 5/85: 28. Juli 1985, 19 Uhr
Redaktionsschluß Nr. 5/85: 28. Juli 1985

IMPRESSUM:

Verleger u. Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit
1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59 (Tel.: 0222/63 80 653) *Redaktionsabendort *Hersteller: HTU,
1040 Wien, Argentinierstr. 8 * Redaktion: Gudrun Gerlitz, Bettina Kolb, Peter Kolba, Günther Ogris, Günter Wittek, Andreas Mader * Mitarbeiter: Andreas Stadler, Ernst Chorherr, Wolfgang Koch, S. Münster, Peter Sauer, Viktor Riemer * Graphik-Mittelblatt: Domenik Gröbner * Lay out: Bettina Kolb, Peter Kolba, Andreas Mader

Drei-Phasen-Modell

Grundsätzlich lassen sich drei Phasen der Sozialen Verteidigung unterscheiden. Die Phase des Protests ist die Phase der Nichtzusammenarbeit und öffentlichen Konfrontation. Die weiteren Entwicklungsstufen der nationalen oder regionalen Verteidigung sind die Phase der Mikrostruktur und des einfachen Bürgerprotests. In der nächsten Phase werden versucht, das zu zeigen.

Erste Phase - Protest

Alle Unzufriedenen erheben sich und verschmelzen zu einer Bewegung. Die Mittel sind traditioneller politischer Art: Demonstrationen, Kundgebungen, (befristeter) Streik, Kundgebungen, Sitzprotest an öffentlichen Orten, Wandzeitungen, Flugblätter, Plakate, Graffiti, Unterschriftenlisten, Deklarationen.

Drei Ziele hat der Protest: den Zusammenhalt der Bevölkerung stärken und kollaborationswillige Personen sozial isolieren. Die Bevölkerung wird sich besonders in Massenveranstaltungen solidarisieren.

Dem Gegner deutlich vor Augen stellen, daß er unerwünscht ist, und daß die Besetzung auf einem Bruch internationalen Rechts basiert und daß er mit Widerstand zu rechnen hat - hier kommt die Unterscheidung zwischen Person zur Anwendung, um den Widerstand in die Reihen des Gegners zu tragen.

Der internationalen Öffentlichkeit deutlich machen, daß die Zivilbevölkerung gewillt ist, gegen Unrecht gewaltarmen Widerstand zu leisten, also Sympathien im Ausland zu suchen, das den Gegner durch Sanktionsmaßnahmen zu bedrängen sucht und dem Widerstand moralische und finanzielle Unterstützung zufließen lassen.

Protestphasen werden von verschiedener Dauer sein. Im Falle einer Okkupation durch eine fremde Macht, können sie über Wochen andauern. Spätestens zu diesem Zeitpunkt werden die Regeln des gewaltarmen Widerstandes breit diskutiert. Ein Organisationsnetz, das im Untergrund, wird - sofern

es nicht schon vorhanden ist - aufgebaut. Demokratische Entscheidungsfindung ist das Prinzip.

Volkvertreter werden im Untergrund verborgen oder im neutralen Ausland in Sicherheit gebracht. Eine Fluchtorganisation sorgt sich um verfolgte und bedrohte Personen.

Der Gegner wird im klassischen Fall einer Okkupation versuchen, Nutzen aus der Wirtschaft des attackierten Landes zu ziehen. Dieser Nutzen wird ihm konsequent verweigert, indem man an den alten legitimen Arbeitsweisen festhält.

Die wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit hat das Ziel, die Kosten



Der Protest selbst kann noch keinesfalls zum Abzug der fremden Truppen führen, erzeugt er doch nur einen Druck auf den Gegner, den er bereits miteinkalkuliert hat. Er verspricht sich den Verlust internationaler Reputation durch längerfristigen Nutzen wettzumachen.

Die sozialen Verteidiger beziehen in den ersten Wochen Position, isolieren Kollaborateure und bewaffnete Widerständler und bauen eine Kommunikationsstruktur auf. Der geduldige Kampf der Nichtzusammenarbeit steht bevor.

Im sozialen Angriff entspricht die Protestphase jenem ersten Schritt, mit dem eine Initiative von Bürgern z.B. beginnt, Leserbriefe zu schreiben und Unterschriften zu sammeln.

Zweite Phase - Nichtzusammenarbeit

Die Nichtzusammenarbeit hat zwei Gesichter: das wirtschaftliche und das des zivilen Alltagslebens.

menarbeit hat das Ziel, die Kosten des Gegners höher zu schrauben, als der Nutzen ist, den er aus der Besetzung hat. Die Methode ist einfach: Arbeiter, Angestellte, Beamte und Bauern verbleiben auf ihren Arbeitsplätzen und handeln wie bisher, d.h. so wie es die gültige Verfassung und wie es die eigenen Produktionspläne vorsehen.

Aus diesem Grund haben Mitbestimmung und Selbstverwaltung der Betriebe eine bedeutende Funktion. Ohne sie ist die Identifikation mit der Arbeit kaum gegeben.

Die Rechnung der Verteidiger ist einfach: die Gehorsamsverweigerung zwingt den Besatzer zum Großeinsatz eigenen Personals. Will er seine Produktionsziele durchsetzen, muß er seine Truppen dezentralisieren. Der Gegner schickt seine Soldaten ins Niemandsland des gewaltarmen Widerstands. Der subversive Dialog findet unzählige neue Angriffspunkte. Der Gegner gefährdet die Gehorsamstreue seiner Gefolgschaft.

Hält der Gegner an seinen Ausbeutungszielen fest, bringt ihn exemplarischer Terror dem Ziel nicht näher. Schon rein numerisch ist es kaum möglich, hinter jeden Werkstätigen einen Wachposten zu stellen. Der Angreifer wird gezwungen, das Fachpersonal auszutauschen. Zu diesem Zweck muß er praktisch für jeden Facharbeiter einen entsprechend geschulten Ersatzmann bereitstellen. Die Zahl der Kollaborateure wird dazu keineswegs ausreichen. Der Gegner muß also zusätzlich zum militärischen Potential eine große Anzahl von zivilen Fachkräften aus dem Ursprungsland einführen. Das erhöht seine Kosten ganz immens!

Halten die Verteidiger die Nichtzusammenarbeit konsequent durch, übersteigen die Kosten für Dezentralisierung und Ersatzfachkräfte sehr wahrscheinlich den Nutzen, den der Gegner sich aus der Besetzung erwartet hat. Das Ziel der Okkupation würde verfehlt, die Heimkehr rückt in den Bereich des Möglichen.

Dort aber, wo es dem Gegner punktuell gelingt, die Produktion in seine Hände zu bekommen, wird der Widerstand zu subversiven Methoden übergehen: Sabotage, Verzögerung, Materialverschleiß, Blaupausen, Krankfeiern - alle jene Methoden, die die Arbeiterbewegung seit jeher gegen den mörderischen Takt der Maschine erfolgreich zur Anwendung bringt. Es sind Methoden, die unter der Oberfläche der politischen Diskussionen wirksamere Kräfte zogen, als diese je vermochten.

Die Methode der wirtschaftlichen Nichtzusammenarbeit ist genaugenommen das Gegenteil von Streik, welcher in der ersten Phase noch eine gewisse solidarische Funktion hatte.

Das zweite Gesicht der Nichtzusammenarbeit: der Zivile Ungehorsam. In der Freizeit, im öffentlichen Verkehr, im Privatleben werden die vom Gegner verhängten Ausnahmezustände massenweise ignoriert. Man hält sich an die bestehenden Gesetze und verteidigt ihre Gültigkeit. Das bedeutet Rückzug aus kollaborierenden Institutionen, Nichtteilnahme an bestimmten sozialen und sportlichen Ereignissen, wirtschaftlichen Boykott durch Käuferstreik, Händlerboykott, Steuerverweigerung, Verweigerung von Gehorsam gegenüber bestimmten Behörden, usw.

Verhängt der Gegner z.B. ein Ausgehverbot oder eine nächtliche

Ausgangssperre, so werden die sozialen Verteidiger - falls Aussicht auf breite Gefolgschaft besteht - diese Verbote ignorieren. Ziviler Ungehorsam ist die bewußte Übertretung ungerechter Gesetze - eine der

test durch die Aktionen kleinerer geschlossener Gruppen abgelöst. Sie sind in einer Widerstandskultur netzartig miteinander verbunden und koordinieren ihre Handlungen



ältesten und erprobtesten Formen gewaltarmen Widerstands.

Ob für Ungehorsam vorgesehene Strafen demonstrativ angenommen werden, um den Ernst der eigenen Haltung noch zu unterstreichen, oder ob man sich der Bestrafung entzieht, das hängt von der Analyse der Situation ab. Für beide Reaktionen kennt die Geschichte der Gewaltarmut Beispiele. Die Entscheidung liegt bei jeder einzelnen, sich zur Aktion bekennenden Gruppe.

Zusammenfassung: Die wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit zielt auf die Kosten-Nutzen-Rechnung des Gegners ab. Sie hat praktischen machtpolitischen Wert.

Der Zivile Ungehorsam führt die Aufgaben des Protestes fort, indem er Öffentlichkeit schafft und auf die Unrechtssituationen hinweist. Er begleitet die wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit im Alltag und wird darum vorwiegend von Gruppen der Bevölkerung getragen, deren Widerstand auch über Monate der Existenz des Landes keinen Schaden zufügt: das sind die Sektoren des Sports, der Schule und Universität und der Kirche. Sie führen den Protest in neuer Qualität fort. Neue Qualität meint, daß der Massenpro-

Nichtzusammenarbeit heute ein Beispiel:

Bekanntlich versucht der österreichische Staat seine Wehrdienstverweigerer für den Einsatz außerordentlichen Zivildienstsachen Zivilschutz und Hilfspolizei zu schulen. Die Friedensbewegung und die Selbstorganisation Wehrdienstverweigerer protestieren gegen diese Einbindung in die militarisch dominierte Umfassende Landesverteidigung. Aus der Phase des Protestes ist der Widerstand getreten. Die pazifistischen Organisationen verweigern eine Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium im sogenannten Guterlehrgang und versuchen Gegenleistungen anzubieten.

Dritte Phase - Öffentliche Konfrontation

Während sich in der ersten Phase der Widerstand konsolidiert, entfaltet er in der zweiten Phase seine taktischen Möglichkeiten, um dem Gegner die Kriegsziele zu verweigern. In der dritten Phase der Widerstandskultur geht es über zur Gegenoffensive über.

Ma
Medien
nicht
genal
Sch
worte
von P
sche
auf
von E
sger
wcher
des
der le
Sch
ist, I
formen
die C
Wichtz
Was
dar K
der ge
pernit
beantw
uch u
mittels
von Ö
nicht b
Gegner
Person
an, u
zu.
Die
us drin
wärdigun

• Zivile
größerer

• symbol
öffentli
Macht,
Mockier

• wirtsch
Mit er
tes um
wäre

• der s
tzipiert

• der C
der Geg
nach so
tra Ve
geb.

Paral
betriet d
tra Ge
s, dere
ag aus
Bessere
chene
schen G
Banal
Die
gang ist
bei dem

Man wartet man nicht mehr die Maßnahmen des Gegners ab, sondern die Konfrontation durch gewalttätige, direkte Aktionen.

Schon die Nichtzusammenarbeit beginnt nur, weil ihr breiter Protest vorausging. Die öffentliche Konfrontation ist nur sinnvoll, wenn die Nichtzusammenarbeit Erfolg war und sich die Verteidiger ihrer sozialen Methoden versichert sind. Die Geschlossenheit des Lagers muß der des Gegners überlegen sein.

Scheitert die Nichtzusammenarbeit, kehrt der Widerstand zum allgemeinen Protest zurück; scheitert die Gegenoffensive, kehrt die Zusammenarbeit wieder.

Was versteht man unter öffentlicher Konfrontation? Auf der Ebene gewaltarmen Aktion (einer Bürgerinitiative) ist das leicht zu beantworten: eine Gruppe verschafft unter Einsatz ihrer Körper mittels einer wohlvorbereiteten Aktion Öffentlichkeit, die sie sonst nicht bekommt. Sie versucht den Gegner durch Mittel, welche seine Person nicht verletzen oder gefährden, unter massiven Druck zu setzen.

Die öffentliche Konfrontation ist dritte Etappe der Sozialen Verteidigung sieht ähnliches vor:

- Ziviler Ungehorsam wird nun von weiteren Schichten getragen

- symbolisch bedeutsame Orte wie öffentliche Plätze, Verwaltungsgebäude, Verkehrswege usw. werden blockiert oder besetzt

- wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit erweitert sich um die Methode des umgekehrten Streiks, d.h. verbotene Arbeiten werden durchgeführt

- der subversive Dialog wird intensiviert

- der Generalstreik als Höhepunkt der Gegenoffensive; seine Anwendung sorgfältig erwogen sein, da er Verteidiger auch schädigen kann.

Parallel zu diesen Kampfmitteln leitet die Leitung des Widerstands mit dem Gegner offiziell Verhandlungen, deren erste Bedingung der Rückzug aus dem besetzten Land ist. Weitere Forderungen: Wiedergutmachung, Freiheit für alle politischen Gefangenen, Abschluß internationaler Verträge.

Die dritte Phase der Verteidigung ist ein gewaltarmer Aufstand, bei dem der Verteidiger deutlich

seine moralische und methodische Überlegenheit und seine Durchhaltekraft zeigt. Die Verteidigung strebt in den Rückzugsverhandlungen keine Demütigung des Gegners an. Er soll sein Gesicht wahren können. Man will ja einen Sieg erringen, an dem der Gegner teilhat, einen Sieg, der mit Freund und Feind ein Ende macht.

Die Gegenoffensive setzt nicht nur eine gewisse Stärke der Verteidigung voraus, sondern auch funktionierende Kommunikationsstrukturen und eine Volksvertretung im Untergrund.

Zur öffentlichen Konfrontation gehört, daß einzelne Einrichtungen, die am Beginn der Verteidigung in den Untergrund ausweichen mußten, wieder und demonstrativ öffentlich gemacht werden, gewiß nicht alle. Immer noch kann die Soziale Verteidigung scheitern. In dem Fall würde Nichtzusammenarbeit und Untergrundtätigkeit wiederkehren.

Entscheidungsstrukturen (Volksversammlung des Widerstandes) und Teile des Nachrichtenwesens wird man versuchen, wieder öffentlich zu machen. Ähnlich dem umgekehrten Streik stellt das eine Erweiterung der Nichtzusammenarbeit dar. Es demonstriert die herübergeretteten Freiheiten und normalisiert zu-



gleich den Alltag. Das ist von Bedeutung, weil man sich den Rückzug eines militärischen Gegners keinesfalls so vorstellen sollte wie manche Revolutionäre die Revolution: als Tag X, von dem ab alles anders ist.

Für die beiden ersten Etappen liefert die Geschichte genügend Beispiele, die trotz ihres spontanen, nichtvorbereiteten Charakters erfolgreich waren. Der utopische Kern des Modells liegt in der Gegenoffensive. Einige Anhaltspunkte gibt der Ruhrkampf 1923.

Wie alle theoretischen Überlegungen geht auch dieses Modell vom

Idealfall aus. Das ist sein Mangel.

Warum diese Ideen keine detaillierten, wissenschaftlichen Ausformulierungen enthalten, hat nichts mit dem Glauben an ihre Praktikierbarkeit zu tun. Der tiefere Grund ist vielmehr, das die Kriegsszenarios der Sozialen Verteidigung einer demokratischen Willensbildung im praktischen Widerstand unterworfen sein müssen. Planspiele am grünen Tisch kann man weitgehend den Militärs überlassen.

Zum anderen verlangt Gewaltarmut Strukturen, die heute nicht gegeben sind. Man denke nur an die angeschnittene Frage der betrieblichen Selbstbestimmung, die heute von einem gewerkschaftlichen Wasserkopf in ihr Gegenteil verkehrt wird.

Im Grunde geht es nicht einmal um das Wissen über diese Begriffe Protest, Nichtzusammenarbeit, öffentliche Konfrontation. Eine Soziale Verteidigung ist denkbar und wahrscheinlich, ohne daß verteidigungspolitische Massenideologien Verbreitung finden. Ja, die Verteidigung einer Region mit gewaltarmen Mitteln ist wohl möglich, ohne daß der Begriff der Sozialen Verteidigung dort fällt. Ruhrkampf und Widerstand in der CSSR 1968 liefen unter der Bezeichnung "Passive Resistenz".

Dieses Modell ergibt sich aus Schlußfolgerungen aus den historischen Erfahrungen und der unterschiedlichen Wirkungsweise gewaltarmer Methoden. Über 120 Aktionsformen hat Gene Sharp aufgelistet. Jede Unrechtssituation kann mit wirksamen oder unwirksamen, mit richtigen oder falschen Mitteln beantwortet werden. Gewaltarmut benötigt strategisches Denken. Das Drei-Phasen-Modell erlaubt eine grobe Zuordnung. Die historischen Konfliktfälle haben auch Fehler vor Augen geführt, die es in Zukunft zu vermeiden gilt.

Letztendlich empfiehlt der gesunde Menschenverstand die Unterscheidungen. Überall, wo basisdemokratische Initiativen gegen ihr punktuell Problem vorgehen, werden sie ihre Schritte ausweiten und die Aktivisten zugleich politische Lernschritte vollziehen, die diesem Modell folgen: Protest - Nichtzusammenarbeit - öffentliche Konfrontation. Das Zwingende der gewaltarmen Kampfmittel ist ihre Verankerung im demokratischen Bewußtsein. Diese Werkzeuge sind das Erbe der bürgerlich-demokratischen Revolution.

Wolfgang Koch

BEZUGSGRUPPEN

Wolfgang Koch, der Autor der Broschüre "Soziale Verteidigung - zur basisdemokratischen Konzeption" hat sich mit einigen Spezialproblemen der Sozialen Verteidigung beschäftigt. Das Thema Bezugsgruppe ist der sechste Teil einer achteiligen Serie.

Die Idee, zur Durchführung gewaltfreier Aktionen kleine Gruppen zu bilden, ist von besonderer Bedeutung, weil sie nicht auf einem Schreibtisch entworfen wurde, sondern direkt aus der Praxis stammt. Während man sich in Bürgerinitiativen zusammenschließt, um zu protestieren, tut man es in Bezugsgruppen, um gemeinsam Widerstand zu leisten. In der Anti-AKW-Bewegung in den USA ist das Modell der Bezugsgruppen inzwischen soweit entwickelt, daß kaum noch eine Aktion, vor allem, wenn es sich um eine direkte gewaltfreie Aktion mit zivilem Ungehorsam handelt, ohne die Anwendung dieses Modells durchgeführt wird.

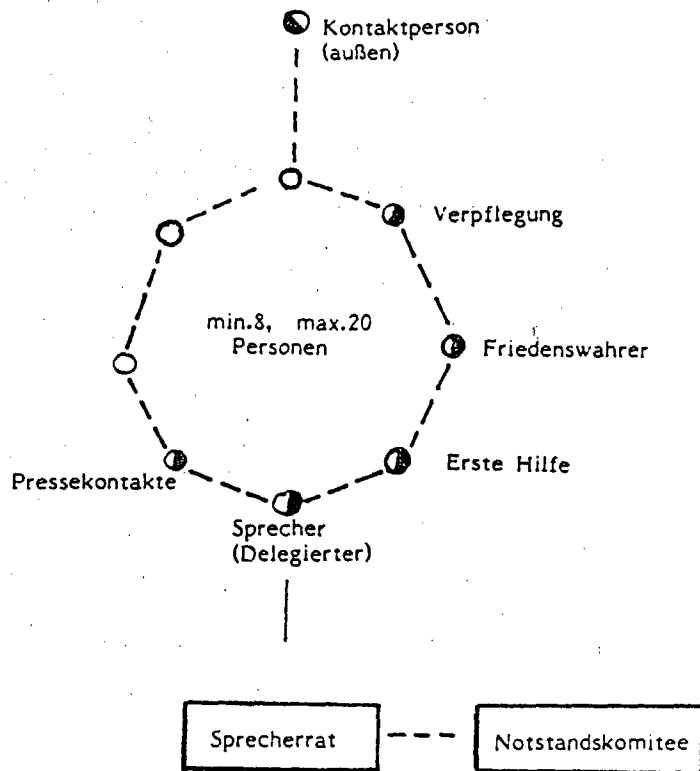
Neben dem Besuch eines Vorbereitungstrainings ist der Zusammenschluß der Teilnehmer zu Bezugsgruppen das zweite wichtige Kriterium für die Teilnahme an einer Gewaltfreien Aktion. Einzeln soll bei einer vorbereiteten Aktion niemand mittun können.

Ia: Eine Bezugsgruppe ist eine Gruppe von Leuten, die sich kennen, die sich u.a. gemeinsam auf Konfliktsituationen vorbereitet haben, sich gegenseitig ermutigen können, während der gesamten Aktion zusammenbleiben und sich selbständig verhalten. Diese Gruppe organisiert ihre Versorgung (Proviant, Unterkunft, Sanität) selbst.

Durch die Bezugsgruppenfindung, also das gegenseitige Kennenlernen und das Schaffen eines Vertrauensklimas, soll es möglich werden, die Anonymität vieler Besprechungen aufzuheben und sich in Angstsituationen gegenseitig zu unterstützen. Jeder soll aus der Nähe ihm bekannter Menschen Kraft schöpfen können. Dazu gehört es, Erwartungen und Gefühle darzustellen, genauso wie über das Aktionsvorhaben inhaltlich geredet werden muß.

Struktur und Funktion der Bezugsgruppe

Jede Bezugsgruppe umfaßt mindestens acht, höchstens aber zwanzig Personen. Jede Gruppe versorgt sich für die Dauer ihrer Tätigkeit selbst mit Verpflegung. In der Regel wird sie, einschließlich den Wasservorräten, als Gemeinschaftsverpflegung organisiert.



Sechs Personen sind der Gruppe gegenüber für spezielle Aufgaben verantwortlich. Eine Person für die Verpflegung, eine für Erste Hilfe, eine Person für Pressekontakte und eine als Friedenswahrer. Der Friedenswahrer ist ein Ordner nach innen und außen zugleich: falls Provokateure auftauchen, soll er eingreifen; falls es bei langandauernden Streßsituationen innerhalb der Gruppe zu Auseinandersetzungen kommt, soll er sie schlichten.

Eine Person, die das Vertrauen der ganzen Gruppe hat, wird zum Sprecher der Gruppe gemacht und im Fall größerer Aktionen in den Sprecherrat gesandt. Eine weitere Person nimmt nicht direkt an der Auseinandersetzung teil, sondern hält die Kontakte zwischen Aktionsgruppe und "Außenwelt" aufrecht. Aufgaben der Kontaktperson sind etwa: Nahrungsmittelversorgung, Kontakte zu Angehörigen halten, Autos abstellen, Kontakt zum Rechtsanwalt herstellen, Geld sammeln.

Konsensverfahren

Während der Aktion ist die Bezugsgruppe ein Instrument zur Absicherung der Teilnehmer. Allgemein ist sie die unterste Ebene der basisdemokratischen Entscheidungsfindung. D.h. die Bezugsgruppe ist mehr als nur eine entbürokrati-

sierte Vereinsform, sie ist die soziale Zelle jeder Bewegung.

Die Entscheidungsfindung verläuft nach dem Konsensverfahren. Es werden nicht Mehrheiten gesucht, die sich in einer Abstimmung durchsetzen, sondern Lösungen, die für alle tragbar sind. Das Ziel ist die Einheit, nicht aber die Einstimmigkeit.

Im Verlauf der Diskussionen er-

klärt sich jeder mit einer bestimmten Vorgangsweise einverstanden, falls ihr/ihm das möglich ist, ohne das Gefühl zu haben, übergangen worden zu sein. Mehrere Varianten müssen gesucht werden, und doch wird die tragbare Lösung nicht immer die optimale Lösung für jede/n sein.

Der Konsens kann von einzelnen blockiert werden, was einem Veto gleichkommt. Blockieren soll man nur, wenn starke moralische Gründe vorliegen. Eine andere Möglichkeit ist es, zu sagen, man werde sich lediglich nicht beteiligen, die Gruppe aber auch nicht hindern oder ihr ein schlechtes Gewissen machen.

Die zwei Grundlagen des Konsensverfahrens sind:

1. Die gegenseitige Achtung und Rücksichtnahme auf Gefühle, Bedürfnisse und Ängste der anderen. Es genügt nicht nur eine Übereinstimmung von politischen und weltanschaulichen Fragen, denn in der Situation gemeinsamer Belastung und Gefahr ist es sehr wichtig, daß man einander soweit vertrauen kann, daß man die gegenseitigen Grenzen, Schwächen und Stärken kennt.

* Die (basidemokratische) Vorstellung, daß es wichtig ist, daß tatsächlich alle Gruppenmitglieder mitarbeiten und mitentscheiden. Man muß darüber reden dürfen, daß man Angst hat; auch über die Angst, von alten, erfahrenen Hasen belächelt zu werden. Auch wenn sich Ängste als politische Argumentation verkleiden, muß man sie erst einmal zulassen und erkennen, damit sie unnötig gemacht werden. Bezugsgruppen sind nicht dazu da, politisches Fraktionieren zu entlarven und zu verbieten. Hinter den unterschiedlichen Argumentationen stehen tatsächlich oft subjektive Verarbeitungen. Offen über Angst statt über Politik zu reden, ist immer erst das Ergebnis eines längeren Diskussionsprozesses, das Ergebnis vertrauensvoller Gruppenarbeit.

Da niemand ausgegliedert wird, weil jeder für die getroffene Entscheidung mitverantwortlich ist, muß die Entscheidung jeder bewußt getroffen haben. Wird kein Konsens gefunden, muß nach einem anderen Lösungsvorschlag gesucht werden. Dieses Verfahren führt oft zu langen Diskussionen.

Zumindest im Aktionsverlauf sind der Diskussion zeitliche Schranken gesetzt. Darum ist es nicht unklug, das Treffen von raschen Entscheidungen vorher zu üben. das Ziel der

Übungen ist es, wenigstens die denkbaren Lösungen für die verschiedenen Situationen auszusprechen. Grundsatzfragen können während einer gewaltfreien Aktion nicht mehr erörtert werden.

Fünf Arbeitsschritte

1. Aktionsziel: Zur Verantwortung der Organisatoren gehört es, klar, unmißverständlich und öffentlich bekanntzugeben, was genau das Ziel der Aktion ist, mit welchen Mitteln welche Wirkung verfolgt wird und welchen Erfolg man sich verspricht.

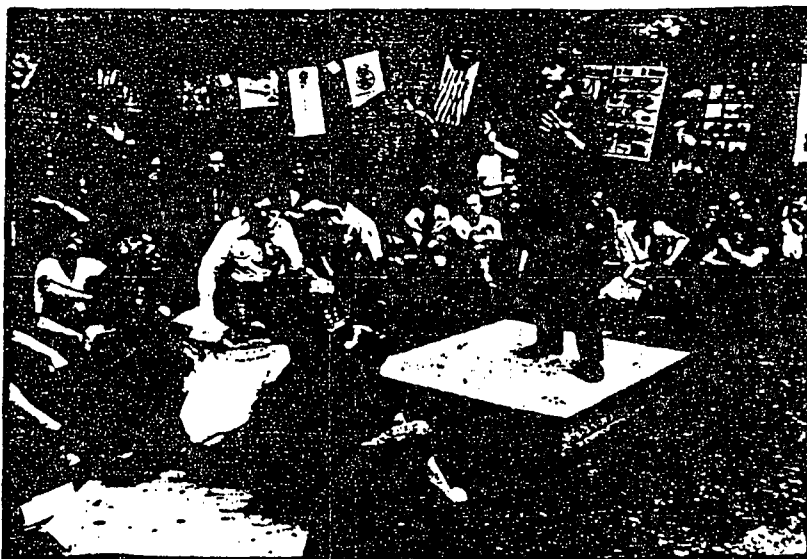
2. Teilnahmebedingungen: Festgelegt wird, wo und wann sich Teilnehmer anzumelden haben und ob, wo und wann an einem Vorbereitungstraining teilgenommen werden muß. Bei der Anmeldung werden Name, Adresse sowie Telefonnummern von Verwandten notiert. Festgelegt werden weiters allgemeine Verhaltensregeln, z.B.: keine Hunde oder andere Tiere mitbringen; kein Alkohol und keine Drogen; keine Beschädigung von Eigentum; kein Versuch, Polizeisperren zu durchbrechen; zusammenbleiben nach Einbruch der Dunkelheit; hinsetzen bei Konfron-

tionen müssen erarbeitet werden, auch in Rollenspielen. Zu diesen Vorbereitungen gehören weiters die Bereitstellung von Ordnern in ausreichender Zahl, falls sie als nötig erachtet werden, die Einweihung der Behörden, die auch nur eine sachliche Anmeldung sein kann, und die Vorsorge dafür, daß alle Teilnehmer über die möglichen gesundheitlichen und strafrechtlichen Folgen informiert sind. Ist die Entscheidungsfindung geübt und sind die Entscheidungsträger für Notsituationen bestimmt, dürfen diese davon ausgehen, daß alle Mitglieder und Teilnehmer ihre Aufforderungen als verbindlich betrachten werden.

4. Durchführung der Aktion: Nach den in den drei ersten Schritten festgelegten Regeln.

5. Auswertung: In einer Nachbesprechung werden die Erfahrungen ausgetauscht und die Wirkung auf die gesteckten Ziele hin überprüft. Die Behandlung eventuell aus der Aktion entstandener Probleme - etwa strafrechtliche Verfolgungen - muß gemeinsam geregelt werden.

Sprecherrat



tation. Alle Teilnehmer müssen den Teilnahmebedingungen zustimmen.

3. Verlaufsplanung: Die Planung des Aktionsverlaufs erfolgt durch alle Teilnehmer gemeinsam. Dazu gehört es, festzulegen, unter welchen Bedingungen die Aktion eventuell abgebrochen wird und auf welche Weise das alle sicher erfahren. Verschiedene Konfrontationsmöglich-

Das wichtigste Arbeitsfeld gewaltfreier Gruppen ist zunächst einmal die Tätigkeit im Bereich Ökologie und Frieden an ihrem Wohnort. Als in Bezugsgruppen organisierte Kleingruppen können sie sich zeitweilig zu gemeinsamen größeren Aktionen zusammenschließen. Oder umgekehrt: Im Rahmen größerer Veranstaltungen schließen sich Teilnehmer zu Bezugsgruppen zusammen.

In beiden Fällen müssen die Bezugsgruppen zu einer Koordination finden - dazu dient der Sprecherrat.

Die Sprecher der Bezugsgruppen bringen die Ergebnisse der Diskussion in den Sprecherrat ein. Hier kann ein Sprecher nicht nach eigenem Gutdünken agieren, sondern ist an das Votum der Gruppe gebunden. Die Sprecherfunktion kann auch prinzipiell rotieren.

Alle anstehenden Probleme werden zuerst in den Bezugsgruppen diskutiert. Lösungsvorschläge werden dann in den Sprecherrat getragen, gesammelt und beraten. Die Aufgabe des Sprecherrats ist es nicht, die offenen Probleme zu bewerten, sondern nur, nach einer gemeinsamen Entscheidung zu suchen. Ergibt sich keine, werden die Ideen neuerlich in den Bezugsgruppen diskutiert. Die Sprecher müssen hierbei oft viele Male hin- und herpendeln. Im dem Wechselspiel zwischen Bezugsgruppen und Sprecherrat soll eine für alle tragfähige Entscheidung gefunden werden.

Erfahrungen mit dem Modell

Entwickelt und angewendet wurde das Bezugsgruppenmodell bei großen Aktionsveranstaltungen, die viel Vorbereitung erforderten: bei der Besetzung der Atomkraftwerksanlagen in Seabrook (USA), den Blockaden in Brokdorf und Ramstein 1981, der Besetzung des Bohrlochgeländes 110 in Gorleben 1979/80 und den internationalen Märschen für Entmilitarisierung in Europa.

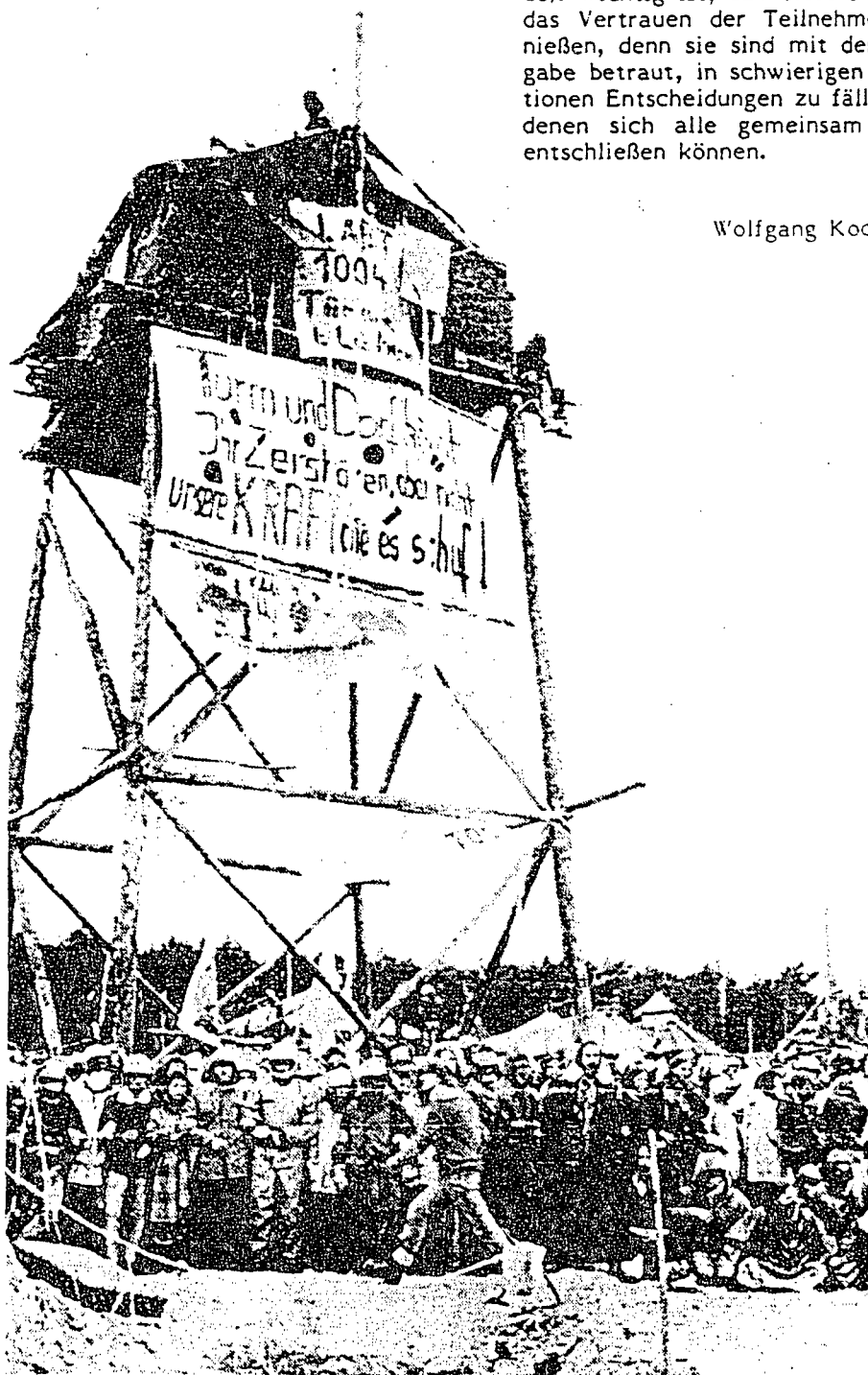
Am 6. Internationalen Marsch (August 1981 in Holland) wurden im Laufe der ersten drei Tage über 70 Bezugsgruppen gebildet. Teilweise kannten sich die Teilnehmer bereits aus ihrem Heimatland, teilweise fanden sie sich erst zusammen. Während die Bezugsgruppen in einem Zeltlager eine ganze Palette von Aktionen vorbereiteten - Straßentheater, Menschenteppiche, Mahnwachen, Fastenaktionen, Besetzungen von Botschaften - schleppte sich die Diskussion im Sprecherrat derart mühsam dahin, daß man bald über die "Bla-Bla-Gruppe" zu lächeln begann. Der Sprecherrat war zu groß; schwer wurde eine gemeinsame "Konferenzsprache" und ein Übersetzungsmodus gefunden. Die Bezugsgruppen reagierten, indem sie erst die fertigen Aktionspläne dem Sprecherrat vorlegten. Der wiederum konnte jede Aktion nur separat unterstützen, also nur ideell.

Das Modell der Entscheidungsfindung wurde durch diese und ähnliche Erfahrungen zwar nicht widerlegt, zumindest aber für große Aktionen mit internationaler Beteiligung ein wenig relativiert. Klar wurde auch, daß wir nicht einfach gemeinsam miteinander arbeiten können, ohne zu bedenken, wie sehr wir im Normalleben auf genau gegenteiliges, nicht-solidarisches Verhalten trainiert worden sind: auf Konkurrenzverhalten und Durchsetzungswillen.

Große Sprecherräte sind nicht in der Lage, schnell Entscheidungen zu treffen. Aber gerade bei Platzbesetzungen, Demonstrationen an Bauzäunen, Kasernen oder Manövergeländen treten schnell hintereinander viele unterschiedliche Konflikte auf, die mit dem Sprecherrat allein nicht zu lösen sind.

Um diesen Mangel zu beheben, kann aus dem Sprecherrat ein Komitee von Entscheidungsträgern gewählt werden: 3 Personen - das Notstandskomitee. (Ein Beispiel ist die "Megaphongruppe", die 1981 am Bauplatz in Brokdorf gewählt wurde). Wichtig ist, daß diese 3 Leute das Vertrauen der Teilnehmer genießen, denn sie sind mit der Aufgabe betraut, in schwierigen Situationen Entscheidungen zu fällen, zu denen sich alle gemeinsam nicht entschließen können.

Wolfgang Koch



4. - 11. NOVEMBER

VOLKSBEGEHREN

GEGEN

ABFANGJÄGER

TERMINE



Eintragungswoche für das Volksbegehren
gegen Abfangjäger 4. - 11. November 1985

Anti-Abfangjäger-Aktivist/inn/en-Treffen
in Wien 10. Sept., 18 Uhr, Rotstülzchen
(Margaretenstr.99)

Anti-Abfangjäger-Aktivist/inn/en-Treffen
in Linz 11. Sept., 19.30 Uhr, Be-
triebsseminar Kapuzinerstr.49

Fest gegen Abfangjäger
4. Sept., 14 Uhr, Denzelpark, 1060
Wien, Linke Wienzeile 24 (Kabarett,
Musik, Essen, Trinken, Spiele)

Anti-Abfangjäger - Treffen der Be-
zirksgruppe Wien 16./17. 14. Sept.,
14 bis 18 Uhr, JZ Ottakring,
Ottakringerstr.200

Gewaltfreier Widerstand gegen Abfang-
jäger - Strategie Seminar 14./15.Sept.
in Zeltweg (Auskunft: IVB, Tel:485332)

Abfangjäger-Fest
27. Sept., 19.30 Uhr, Betriebszentrum
der VÖEST (Linz), Wahringerstr. 30

Schmetterlinge statt Abfangjäger
1. Okt. 20 Uhr, im Audu Max der Alten
Uni Wien (mit Schmetterlinge, Otto
Tausig u.a.)

Wiener Treffen der Anti - Abfang-
jäger - Aktivist/innen

5.Okt., 14 Uhr, in der KHG
Ebendorferstr.8 1010 Wien

Friedensforum: Perspektiven "Was kommt
nach dem Volksbegehren?"
30.Oktober, 19.30, 1010 Wien, Schotteng.
3a/1/4/59

Südafrika-Demonstration 18. Sept., 17 Uhr vom Rathausplatz,
Schlußkundgebung am Ballhausplatz

Solidaritätsfest: "Chile kämpft - Nicaragua lebt"
20. Sept., 20 Uhr, Posthof Linz mit der chilenischen Gruppe
Likon Antai)

Zeitungsseminar des Gewaltfreien Widerstandes
5.-6. Oktober, Ort wird Interessenten bekanntgegeben (Nähe
Wien) Anmeldung bis spätestens 20. September an Redaktion

Seminar - Mädchen in der Jugendarbeit 5.-6. Oktober
Anmeldung: Jugendtreff Gaswerk, c/o Elisabeth Lücke-
Lindenthal, Pradlerplatz 6b, 6020 Innsbruck, Tel.: (05222)
42 1 66 Anmeldeschluß 13. Sept. 1985

Großdemonstration gegen die WAA in München
12. Okt., Kundgebungen in den österr. Bundeshauptstädten
Information: Konrad-Lorenz-Volksbegehren, Tel.:43 59 38

30 Jahre Bundesheer - Paraden in allen Bundesländern
26. Okt., vor eurer Haustür - Gegenaktionen ?

Großaktion der Friedensbewegung 27. Okt. 1985, Wiener
Stadthalle (Kulturprogramm und Fackelzug zu einem
Regierungsgebäude)

Friedensforum: "Soziale Verteidigung"
20.Nov., 19.30, 1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59

"les strategies civiles de defense/civilian defence
strategies" 27. - 29. Nov. 1985, Straßburg Internationale
Konferenz (Sprachen: engl.,franz.), Veranstalter: Institut
de Recherche sur la Resolution non-violente des Conflits;
I.R.N.C. 126 Bd H. Sellier - 92150 Suresnes - France

Netzwerk-Treffen "Soziale Verteidigung"
29.-30.Nov., Anmeldung und Information: Thomas Honsig 4150
Rohrbach, Tel. 07289-6183

Forumtheater der Gruppe Wieg1
21./23./29. November - "Übergriffe"
22./28./30. November - "Fein sein - beinander bleiben!"
Ort: JZ Zeltgasse, 1080 Wien, Zeltgasse 7



IMPRESSUM

Verleger u. Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit;
1010 Wien Schottengasse 3a/1/4/59 (Tel.:0222/63 80 653) * Redaktion: ebendort * Hersteller: HTU, 1040 Wien,
Argentinierstr. 8 * Redaktion: Gudrun Gerdtz, Bettina Kolb, Peter Kolba, Andreas Mader, Günther Ogris, Vera
Ribarich, Günter Wittke * Mitarbeiter: Andreas Stadler, Ernst Choherr, Heinz Hattinger, Wolfgang Koch, Markus
Lehner, Christian Mokricki, Peter Steyrer * Graphik: Herbert Keinzath * Lay out: Peter Kolba, Andreas Mader

EDITORIAL

Im vorigen Herbst begannen wir im GW am Beispiel Wackersdorf die Gewaltfrage zu diskutieren. Mit den Ereignissen des 26. Feber rund um den Opernball hat dieses Thema auch in Österreich Aktualität bekommen.

Wir versuchten, das Geschehen ausführlich aufzuarbeiten, und darüber hinaus auch zur Entwicklung von "Vorwärtstrategien" anzuregen, die weg von blutigen Schlachten, hin zu erfolgreichen und gewaltfreien Widerstandsformen führen sollen. Dazu stellen wir einen Bericht eines "Sägefisches" über das Fällen von Strommasten zur Diskussion.

Zur grundlegenden Auseinandersetzung mit der Rolle der Polizei planen wir einen eigenen GW-Schwerpunkt für die übernächste Nummer. Dazu wird es in der Antimilitaristischen Gruppe Wien auch eine eigene Arbeitsgruppe geben. Ein Vorbesprechungstreffen findet am 5. Feber um 14.00 Uhr in der Schottengasse 3a/1/59 statt. Welche/wer mitmachen will, ist dazu herzlichst eingeladen.

Für den nächsten GW bereiten wir einen Schwerpunkt "Ökologie und Militarismus" vor. Der Redaktionsschluß dieser Nummer ist am 27. April.

Wir möchten euch auch wieder um Reaktionen bitten. Beteiligt euch doch am GW und schreibt Artikel oder Leserbriefe. Oder kommt zur offenen Nachbesprechung dieser Nummer, die am 9. April im Rahmen des Rätinnenrates der Antimilitaristischen Gruppe Wien stattfinden wird.

Zur Erinnerung: Das Abo kostet S 100.- (Ausland: S 120.-); der Mitgliedsbeitrag beträgt S 250.- (für Nichterwerbstätige S 200.-) und die Kontonummer ist:

BAWAG 10010-670-573 (ARGE ZD).

Wir brauchen die Gelder ganz dringend, weil wir den GW sonst einfach nicht mehr finanzieren können. Zahlt daher bitte im Voraus ein. Falls ihr noch kein Abo oder keine Mitgliedschaft habt, überlegt es euch doch bitte einmal.

In diesem Sinne:
Servus, pfiart euch, bis zur nächsten Nummer.

INHALT

Gewissenstäter	Haft und Begnadigung für Tiroler Waffenverweigerer Manfred Henn	3
Auf Dienst mit der Waffe folgt Strafe	Die Totalverweigerung des Grazers Peter Kranebitter	6
Im Namen der Republik		8
THEMA OPERNBALL:		
Grüne Terroristen		9
Das Chaos ist ...grün		12
Ob gewaltfrei oder militant Hauptsache: Widerstand	Interview mit Robert Jungk über den Balkkrawall	14
Wenn der Strommast fällt		16
Kurzmeldungen		19
Luft zum Atmen	Rüstungskontrolle und Demokratisierung unter Gorbatschow	21
Bulgarien		22
AIDS - ein Thema		24
SPORT		25
Waffenproduktion m.b.H.	Die Gründung einer österreichischen Waffen- Holding steht bevor	26
Buch		29
Meinungen		30
Termine und Kontakte		31

Impressum:

Herausgeberin und Verlegerin: Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit; 1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59; Telefon: (0222) 63 80 653 * Redaktion ebendort

Herstellerin: HTU-Druck; 1040 Wien, Argentinierstraße 8

Redaktion: Christian Flicker, Gerhard Kettler, Günter Wittek, Markus Kemmerling, Thomas Tobisch

Mitarbeiter/innen: Andreas Mader, Christian Mokricky, Christof Kurzmann, Ernst Chorgherr, Gerda Ehs, Heinz Hattinger, Otmar Chorgherr, Peter Kranebitter, Peter Steyrer, Tristan Sindelgruber

Fotos von: Österreichische Bundestheater, Michael Kothe, Robert Newald, Thomas Vanorek und einem anonymen Freund

Lay Out: Christian Mokricky, Gustav Stauer

THEMA: OPERNEBALL

Das Chaos ist... grün

ja anhand der Berichterstattung über die Demo mehr als bestätigt.

Gewaltfrage

Ein paar Flaschen und Leuchtraketen können nicht als ernstzunehmender Widerstand gegen die Staatsgewalt gesehen werden. Sie dienen zur Zeit nur dazu, Demonstrant/inn/en in der veröffentlichten Meinung zu diffamieren und rufen Spaltungen innerhalb der Widerstandsbewegungen hervor. Doch dieser Prozeß der Gegenwehr könnte schon bald in eine ganz andere Richtung verlaufen. Denn sind diese derzeit nur hilflosen Versuche der Gegenwehr gegen eine immer bedrohendere und offensichtlicher werdende Staatsgewalt nicht die ersten Schritte zu einem Widerstand, der sich nicht mehr von offizieller Seite planen und kontrollieren läßt? Schritte hin zu einem Widerstand, der sich nicht mehr nur strikt an die gestatteten Formen des Protests hält, um das System als Ganzes in Frage zu stellen. Dies in einer Weise, die eine Reaktion des Systems provoziert und nicht, wie es bisher geschah, Protest als Mittel der persönlichen Beruhigung und Abnützung, als Absicherung der herrschenden Klasse. Unsere derzeitigen Protestformen führen niemals zur direkten Konfrontation. Es werden stets irgendwelche Schreiberlinge, "Ordnungshüter", etc. dazwischengeschaltet, die als Puffer dienen, durch den unser Widerstand abgefangen wird und die Verantwortlichen weiterhin ungeschoren davorkommen.

Über die Frage der Gewaltanwendung muß natürlich innerhalb der neuen Protestbewegung ausführlich diskutiert werden. Auf keinen Fall darf sich unser Gewaltbegriff auf die vorgegebenen Definitionen des Kapitalismus stützen. Dieser Widerstand soll radikal, aggressiv und phantasievoll sein, er soll Inhalte vermitteln und Zusammenhänge verständlich machen. Er darf nicht länger hinter Absperrungen der Polizei stattfinden, sondern muß sich direkt an die Verantwortlichen des derzeitigen "Law and Order - Establishments" richten. Dieser Widerstand muß unsere Antwort auf die Unmenschlichkeit unserer gesellschaftlichen Strukturen sein, denn, wie wir es schon im letzten "Autonomen Stadt - Info" lesen konnten, wird Freiheit nicht erbettelt, sondern erkämpft!

Tristan Sindelgruber

Auf welcher Seite sind nun die nicht identifizierbaren Provokateure und Gewalttäter zu finden? Meiner Meinung nach sicherlich nicht in den Reihen jener Demonstrant/inn/en, die es satt haben, diesen alljährlichen Ball des Kapitals, als "österreichisches Fest" zu akzeptieren. Menschen deren Ziel es ist, die Perversion unseres gesellschaftlichen Systems (und diese Perversion wird gerade durch diese Jahr für Jahr stattfindende Provokation klar erkennbar), aufzuzeigen und dagegen anzukämpfen.

Vermummung

Stellt die Vermummung tatsächlich ein Problem dar? Dieses Faktum wird nur durch offizielle Stellen und bürgerliche Medien zum Problem hochstilisiert, um Unsicherheit in der Bevölkerung zu erzeugen. In Wirklichkeit ist die Vermummung bloßer Schutz und Protest; gegen die allzeit präsente Stapo samt ihren Kamerateams. Wer jedoch wirklich nicht zu identifizieren ist, das sind jene Polizisten, die an besagtem Abend sich ihr eigenes Fest veranstalteten. Ohne in die Gefahr zu geraten, jemals zur Verantwortung gezogen zu werden, läßt sich der Frust über den abendlichen Einsatz leicht an den Demonstrant/inn/en abbauen. Eindeutig zu identifizieren sind jedoch die Einsatzleiter jener Prügelorgie; jene Abgeordnete der Grünen, die sich immer mehr dem derzeit herrschenden System anbiehern und die Demonstrant/inn/en diffamieren; aber auch jene Personen, die erst zur Demonstration geführt haben, jene Vertreter des Kapitals und Bürgertums die den Protest an ihrer menschenverachtenden Lebensweise einfach wegprügeln lassen.

Fielen die Reaktionen der offiziellen Stellen und der Massenmedien erwartungsgemäß aus, so enttäuschte mich die Haltung der Parteispitze der Grünen besonders. Während der Demo, bei der sie als Veranstalter

auftraten, forderten sie die Demonstrant/inn/en auf (trotz der Ankündigung der Polizei zu räumen), noch bis zum angemeldeten Ende zu bleiben. Gerade für jene Demonstrant/inn/en, die dieser Aufforderung Folge leisteten, gab es am nächsten Tag bei der Stellungnahme der grünen Repräsentationsfiguren eine kräftige Ohrfeige. Obwohl diese Ohrfeige nur rhetorischerfolgte, fühlte man erneut die Schläge des Vorabends. Zuerst die Köpfe hinhalten müssen und dann noch eine von denen drauf, für die man am Vorabend als Demomasse gut genug war. Es ist natürlich einfacher sich von ein paar Demonstrant/inn/en zu distanzieren, die nicht dem grünen Klischee entsprechen, als sich mit der Staatsgewalt auseinanderzusetzen. Denn wozu eine Auseinandersetzung, wenn man sich ohnehin mit diesem System einverstanden erklärt und selbst einen Platz am Futtertrog der Macht fordert.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die letzten roten Flecken vom grünen Lodenmantel rausgebürstet sind. Jene Flecken nämlich, die es wagen, an der Gewaltfreiheit und Volksverbundenheit der Exekutive zu zweifeln. Sollen sie (die Flecken nämlich) sich doch auf die andere Straßenseite begeben - grün und grün muß sich doch verstehen, und sich von jenen distanzieren, die zwar politisch aktiv und informiert sind, es aber nicht einsehen wollen, daß man aus politischer Aktivität auch materiellen Nutzen ziehen kann. Materiellen Nutzen, indem man/frau der Wählermasse etwas vorgaukelt und sich selbst den Arsch auf Parlamentssesseln wärmt.

Rolle der Massenmedien.

Von den etablierten Massenmedien kann man sich solange keine zustimmende Reaktion erwarten, solange man die Interessen des Kapitals aufzeigt und in Frage stellt. Objektivität wird es von dieser Seite niemals geben, da auch diese konkrete Interessen vertreten und verfolgen. All das wurde

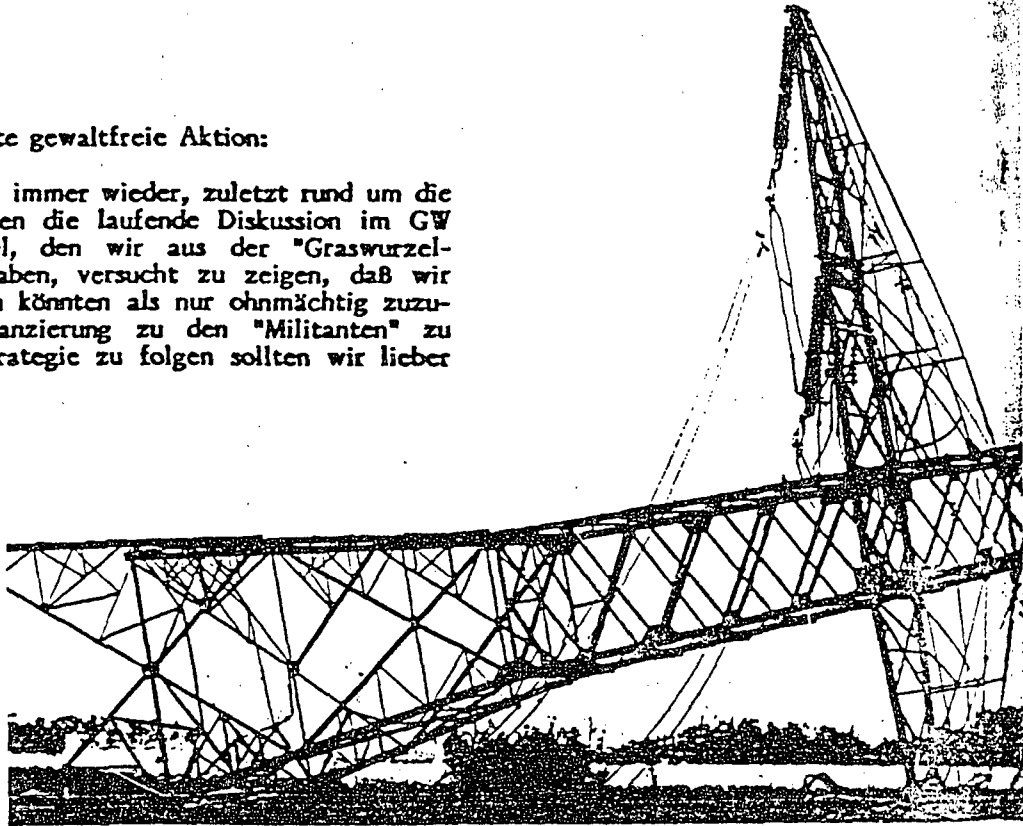
Wenn der Strommast fällt

Überlegungen zur Sabotage als direkte gewaltfreie Aktion:

Die Gewaltfrage stellte sich für uns immer wieder, zuletzt rund um die Ereignisse des Opernballs. Wir wollen die laufende Diskussion im GW weiterführen. Der folgende Artikel, den wir aus der "Graswurzelrevolution" Nr. 110 übernommen haben, versucht zu zeigen, daß wir "Gewaltfreien" mehr Antwort bieten könnten als nur ohnmächtig zuzuschauen oder uns mit einer Distanzierung zu den "Militanten" zu begnügen. Anstatt einer Spaltungsstrategie zu folgen sollten wir lieber eine konstruktive Diskussion führen.

"Um eine radikale Revolution zu machen, muß man also die Stellungen und Dinge angreifen, das Eigentum und den Staat zerstören, dann wird man nicht nötig haben, Menschen zu zerstören und sich zu der unfehlbaren, unvermeidlichen Reaktion zu verurteilen, die in jeder Gesellschaft das Massaker von Menschen stets herbeiführte und stets herbeiführen wird."

Michail Bakunin



Das Verhältnis von individuellem Risiko zum Nutzen

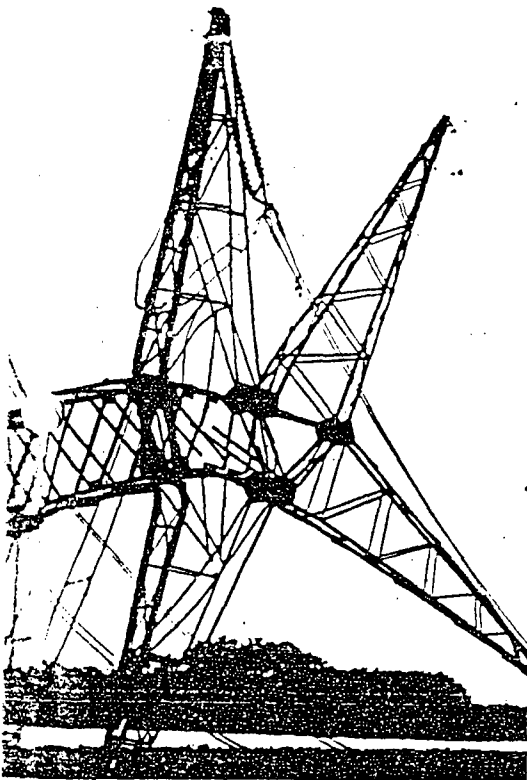
Zunächst einmal: ungefährlich ist die Sache nicht. Vor jeder leichtfertigen und überstürzten Handlung muß gewarnt werden. Die Vorbereitungszeit dauerte in meinem Fall über zwei Monate. Besonders wichtig ist es, die Stelle des Strommastes sorgfältig auszusuchen. Dabei sollte darauf geachtet werden, daß der Mast auf freiem Feld steht und zwischen den zwei jeweils anschließenden Masten keine Straßen sind. Es könnte sein, daß der fallende Mast einen oder mehrere weitere Masten umwirft oder so beschädigt, daß das darunterliegende Gebiet unter Spannung steht. In einem Fall fuhr später ein Auto in die Spannungskabel und es gab Verletzte. Solche Möglichkeiten sollten durch eine gute Auswahl des Ortes soweit wie möglich ausgeschlossen werden.

Desweiteren sind Fluchtwege vorzuplanen. Sie sind sehr wichtig,

weil die Stromkonzerne den Schadensstandort sofort lokalisieren können. Die Aktion kann mit gewöhnlichen Eisensägen durchgeführt werden. Anleitungen waren z. T. schon in der taz und verschiedenen Zeitschriften abgedruckt. Außerdem kursieren viele Beschreibungen und Sägeanleitungen von "Revolutionären Heimwerkern" in der Szene. Sie sollten vor der Aktion ausführlich diskutiert und miteinander verglichen werden, denn leider sind einige dieser Anleitungen mindestens ungenau, wenn nicht verantwortungslos. Sehr vorteilhaft wäre es auch, sich bei vertrauenswürdigen Leuten zu erkundigen, die etwas von Elektrizität verstehen. Ihr Rat gehört zu dieser Aktion wie der Rat des Rechtsanwalts zu anderen gewaltfreien Aktionen. Es sei auf einen Fall in Frankfurt hingewiesen, als sich eine Frau in noch nicht geklärtem Zusammenhang mit einer Sägeaktion schwere Verbrennungen zuzog. Schließlich empfiehlt sich trockener Boden, ebenso wie trockene Luft, kein Nebel. Für den Anfang muß mensch ja nicht gleich den allergrößten Masten nehmen. Mit diesen

Vorsichtsmaßnahmen kann das Risiko der Verletzung von Personen, vor allem natürlich der eigenen Person weitgehend minimiert werden - völlig ausgeschlossen werden kann es nicht, schon deshalb nicht, weil ein eventuelles Reißen der Kabel die Gefahren immens steigert. Zwar könnte dem entgegengehalten werden, daß auch bei anderen gewaltfreien Aktionen Verletzungen, ja der Tod von Menschen nur denkbar minimiert, aber nicht ausgeschlossen werden können. Schließlich brachte schon die Beteiligung an einer legalen Demonstration in Wackersdorf zwei Menschen den Tod durch Polizei und CS-Gas. Doch hier ist der Punkt, an dem jede/r Aktivist/in selbst Risiko und Nutzen von Sabotage individuell abwägen muß. Leider spricht dies nicht gerade für eine Masseperspektive solcher Aktionen.

Auf eine weitere, ähnlich gelagerte Problematik sei hingewiesen: während bei breiten Kampagnen Zivilen Ungehorsams das individuelle Risiko von Strafverfolgung, Knast und Repression kalkulierbar bleibt,



sorgt die hohe zu erwartende Strafe bei Festnahme nach einer Sabotageaktion dieser Art (über ein Jahr Knast ist ziemlich sicher) für ein weiteres Risiko: mensch darf sich unter keinen Umständen erwischen lassen. Daß bisher noch kein Sägefisch erwischt wurde, ist keine Garantie. Am ersten besten kann dafür ein Exempel statuiert werden. Über die individuelle Bereitschaft, dieses Risiko einzugehen, sollte vorher ausführlich in der Gruppe diskutiert werden. Manchmal steigen Leute erst dann aus, nachdem sie ganz persönlich ihr eigenes Risiko mit dem Nutzen abgewogen haben. Es wäre unverantwortlich, dies nicht für legitim zu halten - ebenso wie es unverantwortlich ist, diese Aktion als leicht und ungefährlich zu propagieren. Leider spricht auch dies gegen eine Massenperspektive.

Absägen von Strommasten als direkte gewaltfreie Aktion

Weshalb habe ich mich aber nach Abwägung von Risiko und Nutzen doch entschieden, einen Masten zu fällen - zumal wenn ich, was ich für

sehr wichtig halte, jegliche Art von Heldenmythos ablehne? Die Antwort hat sehr viel mit Inhalten zu tun, die ich persönlich mit der Aktion verbinde. Erstens hat die Anti-AKW-Bewegung nach den Zaunschlachten von Brokdorf und Wackersdorf an Pfingsten und im Juni letzten Jahres mehr oder weniger reflektiert unter anderem auch zu dezentralen Sägeaktionen gegriffen. Ich sehe das als eine Flucht nach vorn an. Während am Bauzaun die Polizei den Platz hält und verteidigt, provoziert und Aggressionen auf sich zieht, also agiert - hat die Bewegung wesentlich auf die Polizeibrutalität reagiert. Ich sehe in den Sägeaktionen zunächst den Versuch, wieder selbstbestimmt und dezentral, also für den Gegner unberechenbar zu agieren.

Zweitens sehe ich im Absägen von Strommasten die direkte praktische Umsetzung meiner Gesellschaftskritik: Geschädigt wird unmittelbar der Atomstromkonzern, den ich durch Giroblau und StroBo so gerne treffen würde, es ohne eine gewaltfrei-libertäre Massenbewegung aber nur in Ansätzen kann. Zudem störe ich durch die Aktion das zentralisierte Hochspannungsnetz selbst und äußere dadurch auch praktisch meine Kritik an solchen (teilweisen auch grünen) Ausstiegsszenarien, die bloß auf eine Verstaatlichung der von monopolistischen Stromkonzernen kontrollierten Hochspannungsmasten hinauslaufen. Ob monopolistisch oder verstaatlicht - ich bekämpfe jede Art von zentralisierter Energieversorgung, die dezentralisierter, kommunalisierter Energieproduktion auf niedrigem Niveau entgegensteht.

Drittens gefällt mir der handwerkliche Charakter der Aktion. Und zwar deshalb, weil ich durch diese Aktion auch das Industriesystem an sich kritisieren will, das Techniken wie z.B. die Atomtechnik produziert und hervorbringt, die rein zerstörerisch wirken und eben nicht auch positive, "friedliche" Eigenschaften und Nutzungsmöglichkeiten haben. Die Benutzung eines Handwerkszeugs wie der Säge bei der Aktion verdeutlicht, daß ich rein destruktive Technik (Sprengstoff, Molli, Brandsatz oder Bombe) abschaffen will. Die Säge als Handwerkszeug kann destruktiv und schöpferisch sein - sie kann zerstören und helfen, aufzubauen.

Viertens schließlich halte ich es für wichtig, diese Sabotageaktion

auch in weiterem Sinne als gewaltfreie Aktion zu begründen. In der Aktion zerstöre ich gerade Eigentum, Sachen, Dinge, die alle keine Gewalt erleiden können - also ist meine Aktion keine Gewalttat. Indem ich die Aktion gewaltfrei begründe, bestimme ich selbst, was ich unter Gewaltfreiheit zu verstehen habe und lasse mich nicht vom Staat in die Terrorismus-Ecke stellen. Hier eröffnet sich eine wichtige Auseinandersetzung um Begriffe. Ich will dem Staat nicht die Definitionsmacht über das Überlassen, was Gewalt ist und was nicht. Gerade deshalb müßte Sabotage als gewaltfreie Aktion offensiv in die Öffentlichkeit getragen werden. Solange die Saboteur/innen nur im Subversiven agieren, haben sie gegen die Öffentliche Definitionsmacht des Staates keine Chance. Das stillschweigende Einverständnis vieler Bürger/innen wird von den Sabotierenden einfach vorausgesetzt, ist aber durch nichts garantiert, weil nicht öffentlich diskutiert. Die Brücke zu einer öffentlichen Diskussion schlagen könnte das öffentliche Ausstellen von demontierten Strommastschrauben, wie das von Hamburgergewaltfreien Aktionsgruppen praktiziert wird. Diese öffentliche Vermittlung halte ich für sehr wichtig, einerseits ist sie integraler Bestandteil aller gewaltfreien Aktionen, andererseits schützt Öffentlichkeit indirekt vor staatlicher Repression und Gleichsetzung mit Terrorismus.

Allgemeines zu Sabotage und Gewaltfreiheit

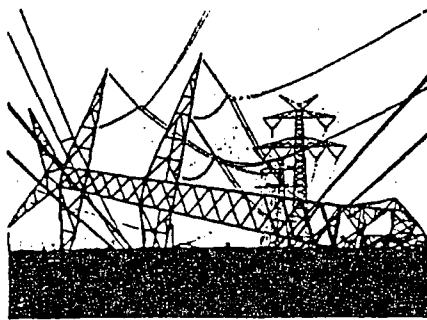
"Die Zerstörung der 'falschen' Gegenstände muß zur Zerstörung des 'falschen' Bewußtseins führen. Wer Sachzerstörung oder -beschädigung vor allem am Ausmaß des herbeigeführten Schadens mißt, hat nur den Schatten des Widerstands erfaßt. Eine solche Sicht denkt in Kategorien militärischer Auseinandersetzung. In der Fähigkeit zu zerstören ist uns die Macht des Staates und des Kapitals jedoch allemal überlegen, denn diese Macht ist wesentlich auf menschen- und naturverachtende Gewalt aufgebaut. Sich auf die Ebene der militärischen Konfrontation zu begeben (d. h. darauf zu setzen, den Gegner durch Zufügen möglichst großen Schadens zu beslegen), hieße die Niederlage vorzuprogrammieren. Die Gefahr ist groß, daß angesichts der drohenden Niederlage nach immer stärkeren Mitteln gerufen wird und die Ver-

Gewaltfreier Widerstand 17

letzung oder das Töten von Menschen nicht mehr ausgeschlossen bleiben."

Daß diese Einschätzung richtig ist, zeigt die Entwicklung der Revolutionären Zellen (RZ), die ursprünglich von vielen Autonomen wegen ihrer Sabotageaktionen und Anschläge geschätzt wurden oder noch werden. Die Schüsse auf den Berliner Ausländerpolizeichef Hollenberg mögen jetzt viele schockieren, sie lagen aber in der Logik der Entwicklung der RZ. Ihre Aktionen, auch wenn sie keine Menschen trafen, wurden oft mit Waffen durchgeführt (Sprengsätze), waren meist auf hohen materiellen Schaden aus und wurden antiimperialistisch und eben nicht libertär-gewaltfrei begründet. Überhaupt ist der Begriff "Anschlag" problematisch: Anschläge können auch auf Menschen gemacht werden, der Unterschied zu den "Stellungen und Dingen" im Bakuninschen Sinne verschwindet.

Um aber Stellungen und Dinge wirksam zu zerstören, ist es gerade nötig, daß die beteiligten Menschen sich verweigern; daß sie die Stellungen nicht mehr tragen, ausfüllen. Sabotageaktionen müssen sich also daran messen lassen, inwieweit es gelingt, Strategien voranzutreiben, die auf Verweigerung des Gehorsams zielen. In unserem Fall: erst wenn die Strommasten niemand mehr aufbaut, ist die Propaganda der Tat erfolgreich. Dies kann nur dann passieren, wenn die Menschen wissen, daß die Aktionen nicht gegen sie gerichtet sind, d.h. wenn die Sabotage gewaltfrei begründet ist. Das hieße auch, daß bei Strommastaktionen möglichst darauf zu achten ist, daß es wenig Stromausfälle bei Verbraucher/innen gibt. Stromkonsument/inn/en sollen nicht geschädigt, sondern gewonnen werden. Ihre Sympathie soll geweckt werden, damit sie ihre Konsumkraft als Kampfmittel gegen die Atomstromkonzerne entdecken und so Giroblau oder StroBo-Perspektiven zu einer Massenbasis verhelfen. Diese Funktion fällt der Sabotage in einer gewaltfreien Strategie primär zu: sie soll helfen, Menschen dem System zu entziehen. Auf die Gefahr, durch Sabotage den Schaden auf die Konsument/inn/en abzuwälzen und dadurch einen kontraproduktiven Effekt zu bewirken, haben auch Anarchisten wie z.B. Max Nettlau hingewiesen. Weitere, vor allem holländische Libertäre der 20er und 30er Jahre haben die Sabotage einer gewaltfreien Massenverweigerungsstrategie untergeordnet. Sabotage



Leitender Strommast (mit Gummibändern) schon über 90 abgebaut

ist demnach kein Selbstzweck. Noch keine Revolution ist durch Sabotage ausgelöst worden, noch kein Staat ist rein materiell an seinem hohen Preisbankrott gegangen - im Gegenteil: hier muß darauf hingewiesen werden, daß der Staat mangelnde materielle Mittel durch Gewalt ersetzen kann: die Nazis weigerten sich z.B. die Schulden und Reparationen der Weimarer Republik weiterzuzahlen und beuteten per Arbeitsdienst und Zwangslager Arbeitskräfte unentlohnt aus.

Sabotage und Ziviler Ungehorsam

In den Kämpfen der Arbeiterbewegung zeigt sich, daß Sabotage Reformen indirekt erzwingen kann. Langsam-Arbeiten und Maschinen-destruktion kosten mitunter den Kapitalisten so viel, daß ihnen sozialpartnerschaftliche Konzepte besser und billiger erscheinen. Wichtig ist hier, wahrzunehmen, daß es in dieser Sicht nicht die reformistischen Parteien waren, die dies erreichten, sondern die direkte Aktion der Arbeitenden durch u.a. Sabotage.

Die heutigen Möglichkeiten der Sabotage lassen sich ausgehend vom Volkszählungsboykott 1983 gut illustrieren. Zu dieser Zeit gab es viele Anschläge und Sabotageaktionen (vor allem der RZ) gegen Rechenzentren und Datenbanken. Sie gingen aber im öffentlichen Bewußtsein weitgehend unter. Was zum Erfolg der Boykottkampagne beitrug, war der ersichtliche Wille großer Teile der Bevölkerung, sich dem Staat zu verweigern. Aus dieser Erfahrung läßt sich wiederum schlußfolgern, daß hier Sabotage eigentlich überflüssig war. Wie wenig öffentlich unvermittelte Sabotageaktionen und Anschläge letztlich im allgemeinen Bewußtsein bleiben, zeigt das Beispiel der letzten großen Anschlagwelle nach dem RAF-Hungerstreik 1984. Nach vielen Anschlägen jubelte ein Kommentator der taz, die Anschläge hätten bisher bereits mehr materiellen Schaden angerichtet als die gesamte Friedensbewegung. Heute weiß jedoch kaum noch jemand von dieser Sabotagewelle - einmal ganz abgesehen von ihren Begründungen.

Aufgrund all dieser Beispiele und Erfahrungen würde ich vorschlagen, Sabotage als gewaltfreie Aktion Kampagnen Zivilen Ungehorsams unterzuordnen. Das hieße, daß in Phasen ohne Massenperspektive Sabotage unter bestimmten Bedingungen (u.a. wenn sie gewaltfrei begründet wird) zu einer Etablierung einer Massenbasis für Zivilen Ungehorsam beitragen kann. Ist die Massenbasis erreicht, entzieht der Zivile Ungehorsam die Menschen dem System und trifft es damit an dessen wichtigster Machtbasis. Sabotage wird in einer solchen Kultur des Zivilen Ungehorsams tendenziell überflüssig bzw. hat unterstützenden, begleitenden Charakter. Wichtig scheint mir aber zu sein, darauf hinzuweisen, daß Sabotage gerade nicht der entscheidende Faktor sein kann und deshalb eine Strategie Sabotage nicht in den Mittelpunkt stellen sollte. Unter Umständen könnte Sabotage heute eine unterstützende, vielleicht sogar vorantreibende Funktion für Kampagnen Zivilen Ungehorsams haben. Da heute Sabotage kaum gewaltfrei begründet wird, demonstriert ihre Praxis vor allem Mißtrauen in die Wirklichkeit von Kampagnen Zivilen Ungehorsams. Solange dies so bleibt, kann Sabotage keine große Hilfe für den Zivilen Ungehorsam sein. Auswege deuten sich an, wenn z.B. die dezentralen Blockaden in Wackersdorf von Sabotageaktionen unterstützt werden. Die Blockaden, die Aktionen Zivilen Ungehorsams also, bleiben aber im Mittelpunkt der Strategie der Bewegung.

Gewaltfreie Aktionsgruppen haben jedoch in ihren Orten eine Struktur des langen, gegenseitigen Kennenlernens; eine Sprachkultur, die gegenüber Verbalradikalismus und subversiver, nicht gemeinsam konsensmäßig beschlossener Aktion mißtrauisch ist - also Spitzeln und Polizeiprovokateuren die denkbar schlechtesten Chancen bietet. Gerade deshalb scheinen sie geeignet, Sabotageaktionen verantwortungsbewußt durchzuführen. Wenn lange in der Gruppe über Sabotage als gewaltfreie Aktion diskutiert wurde und sich vor allem über Mittel und Wege geeinigt wurde, eine öffentliche Vermittlung der Aktionen zu erreichen - dann könnten Ansatzpunkte gefunden werden, dem herrschenden Trend Sabotage als Terrorismus zu diffamieren, öffentlichkeitswirksam entgegenzutreten.

G. Waltfrei